

# Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2,00 Mark, monatlich 70 Pfennig. — Postzeitungsliste Nr. 40692, bester Nachtrag.

Redaktion u. Geschäftsstelle:  
Johannisstraße Nr. 46.  
Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die viergespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 30 Pfg. — Interests für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 18.

Mittwoch, den 22. Januar 1908.

15. Jahrg.

## Heute abend Protest = Versammlung im Vereinshaus.

Hierzu eine Beilage und das wöchentliche Unterhaltungsblatt.

### Rußland im Jahre 1907.

R. K. Die Wahl für die zweite Duma standen in vollem Gange, als das Jahr 1907 seinen Anfang nahm. Zum ersten Male beteiligten sich alle Linksparteien an den Wahlen, deren Resultate ein glänzendes Zeugnis von der revolutionären Entwicklung der Volksmassen ablegten. Trotz der „Erläuterungs“-Tätigkeit des Senates, trotz der ärgsten Wahlbeeinflussung, zogen 65 Sozialdemokraten und 152 Mitglieder der „Volksstimmen“-Parteien in die Duma ein. Gleich nach ihrem Zusammentritt stieß sie auf den heftigsten Widerstand der Regierung, die offen vor aller Welt den Grundlag proklamierte, daß vor allem die Interessen der „130 000 Gutsbesitzer“ gewahrt werden müßten. Es galt nun, jeden Tag der Dumatätigkeit auszunutzen, der aggressiven Politik der Regierung konsequent Widerstand zu leisten, die Massen um sich zu scharen. Die Linksparteien und vor allem die Sozialdemokraten handelten demgemäß, allein die Kadetten, denen die „Fahrt nach Wjborg“ noch schwer in den Gliedern lag, und die es als Hauptaufgabe betrachteten, eine „Verständigung“ mit der Regierung Stolypin anzubahnen, ließen dieser freiwillig eine Position nach der anderen aus. Die Folge war, daß der Übermut der Regierung mit jedem Tage wuchs, und daß sie die Duma unter dem Vorwande einer sozialdemokratischen „Verschwörung“ kurzerhand auflöste und ein neues Wahlgesetz oktroyierte. Die Linkspartei, die geistige Schöpferin des Staatsstreiches, triumphierte: räumte ihr doch das neue Wahlgesetz die führende Rolle in der dritten Duma ein.

Nach einem Zeitraum von fünf Monaten, in denen der Terror der Regierung und die Anarchie im Lande ihren Höhepunkt erreichten, trat die dritte Duma zusammen. Das Wahlgesetz vom 16. Juni hatte den Sieg der reaktionären Parteien dadurch gesichert, daß es der Gutsbesitzerkurie in fast allen Wahlmännerversammlungen die Majorität einräumte (von im ganzen 5116 Wahlmännern im europäischen Rußland werden von den Gutsbesitzern gewählt 2618, von den Bauern bloß 1113). Trotzdem trug die Opposition bei Wahlen für die dritte Duma den moralischen Sieg davon. Die Arbeiterwahlmänner waren fast durchweg Sozialdemokraten, unter den Bauern besaßen die Progressisten die Majorität, in der zweiten städtischen Kurie waren 80 Prozent aller Wahlmänner Progressisten und in der ersten städtischen Kurie trugen die Rechtsparteien nur mit genauer Not den Sieg davon. Die Stimmung der Wähler war aber unverändert. Die dritte Duma mit ihrer ehrtrübsich-öktoberistischen Majorität ist weit entfernt, der Ausdruck des Volkswillens zu sein. Eine Schöpfung des Staatsstreiches, ein „totes Haus“ von ihrer ersten Stunde an, bietet sie in ihrer Mehrheit das widerliche Bild einer tollwütigen Meute, die nur das eine Ziel kennt, zusammen mit der Regierung der Kriegsfeldgerichte die Revolution zu bekämpfen. Von blindem Haß gegen jede grünblende Neuerung erfüllt, fühlt sich der Block der Schtruppen und Oktoberisten „beglückt“, mit der Regierung „mitarbeiten zu dürfen“, und beschleunigt er mit jedem Tage die Bureauparisierung der Duma. Unfähig zu jeder schöpferischen Arbeit, ohne das geringste Vertrauen von Seiten des Volkes zu besitzen, ist die dritte, die „arbeitsfähige“ Duma vollkommen außer Stande, die brennenden Fragen des Volkslebens zu lösen und die Position der Regierung dauernd zu befestigen.

Das Jahr 1907 bietet in dieser Beziehung ein lehrreiches Bild. Dank dem Abflauen der Massenbewegung und dem Ruhebedürfnis und der Kompromißsucht der bürgerlichen Opposition gelang es der Regierung im Bunde mit dem Krautjunkerturn, ihre Position äußerlich zu festigen. Sie benutzte diesen Moment, um für ihre bisherigen Niederlagen blutige Rache zu nehmen. Bisher hat ihr uns Schreck eingejagt — sagt der berühmte Gouverneur in Tambow — jetzt aber wollen wir euch einen Schreck einjagen, daß ihr selbst den Himmel nicht wieder erkennt.“ In der Tat, es verging kein Tag, wo nicht Hinrichtungen stattfanden. Die Volkstammern in Kiga, Warschau, Lodz usw. hatten wider vom Gestöhn der Gemarterten. Tausende von Männern und Frauen wurden hingerichtet, Zehntausende in die Katorga, ins Zuchthaus, in die sibirischen Eiswästen geschickt. In zahllosen politischen Prozessen wurde die „Freiheitsperiode“ liquidiert. Die sozialdemokratische Fraktion der zweiten Duma wurde zur Katorga verurteilt, die Majorität der ersten Duma ins Gefängnis geschickt. Dazu reichte die Macht der Regierung aus. Allein den Anforderungen des Staatslebens stand sie ebenso hilflos gegenüber wie zuvor. Wie früher wurde die jährlich wiederkehrende Hungersnot mit kleinen Palliativmitteln bekämpft. Wie früher sollte die Agrarfrage mit Hilfe der Bauernbank „gelöst“ werden. Wie früher wurde die Finanzkrisis durch Schiebungen im Budget, durch verstärkte Papiergeldemissionen, durch innere und äußere Anleihen verdeckt. Dies alles hinderte jedoch nicht, daß der Bauer immer mehr verarmte, daß die Hungersnot sich ausbreitete, daß die Kaufkraft der Landbevölkerung abnahm, daß infolge dessen die Krise in Handel und Industrie sich verschärfte, daß Kredit und allgemeine Finanzlage sich verschlechterten. In der Tat, der Kurs der vierprozentigen Rente steht jetzt niedriger als nach dem Moskauer Aufstand. Die Finanznot ist so gewaltig gestiegen, daß ein Mitarbeiter des Regierungsblattes, der allem Anschein nach besser eingeweiht ist wie gewöhnliche Sterbliche, vor kurzem den Vorschlag machte, einen Teil des Eisenbahngutes und der Bergwerke an Ausland zu verkaufen! Wie viel fehlt also noch zum gänzlichen Bankrott?

Die Regierungsblätter werden nicht müde, von der völligen Niederlage der Revolution zu sprechen. Die liberalen und liberal sein wollenden Blätter seufzen und stöhnen in einmündiger über die „Apathie“ der Bevölkerung. An der Oberfläche scheidet es in der Tat, als hätten die Massen — und in erster Linie die Arbeiterklasse — ihre bisherige Aktivität eingebüßt. Die Verfolgungen, die über die Sozialdemokratie und die Gewerkschaften hereinbrachen, haben die Arbeiterorganisationen geschwächt, allein sie waren außerstande, die revolutionäre Energie und die Werbekraft der sozialistischen Ideen und Lösungen zu töten. Davon zeugt der spontane Ausbruch des Solidaritätsgedankens der Arbeitermassen in Petersburg und zum Teil auch in der Provinz aus Anlaß des Prozesses gegen die sozialdemokratische Dumafraktion. Davon zeugt die verhältnismäßig stattliche Anzahl von 17 sozialdemokratischen Dumaabgeordneten, die trotz des elenden Wahlsystems gewählt wurden. Davon zeugt endlich die rastlose Energie der Arbeiter im Kampfe für die Erhaltung ihrer wirtschaftlichen Organisationen, die nach ihrer Auflösung immer wieder neu entstehen. Überall — in Stadt und Land — reißt eine neue Macht in den Massen heran, die, ihr Recht fordernd, mit kraftvoller Hand in die Geschichte Rußlands eingreifen wird.

### Politische Rundschau.

#### Deutschland.

#### Aus dem Reichstage.

Am Jahrestage der sehr handgreiflichen Majestätsbeleidigung, die auf Befehl des Nationalkonvents anno 1793 auf dem Pariser Eintrachtspalast praktiziert wurde, fanden sich die bürgerlichen Parteien des deutschen Reichstages eintätiglich zusammen, um dem byzantinischen Majestätsbeleidigungsparagrafen, wie er bisher in Deutschland rechtens war, ein nicht sowohl modernes als modern aussehendes Mäntelchen umzuhängen. Zentrum und Freisinnige, die letzteren durch des nicht dekorierten Meiningers Mund, gestanden, daß sie mehr gewünscht hätten, fügten diesem Geständnis aber gleich die Mahnungen zur Bescheidenheit bei. Der Reichsverbändler Wagner aus Sachsen tat, als ob die Konservativen ein Opfer gebracht hätten; der antisemitische Schreiber Graef jauchzte über das Königsberger Urteil und der Nationalliberale Mann suchte eine geschichtsphilosophische Begründung dieser Art Tendenzjustiz zu geben. Einzig und allein die Sozialdemokratie war es, die in dieser Frage den Standpunkt des modernen Verfassungsstaates verteidigte. Genosse Heine übte an der kläglichen Halbheit der Vorlage ätzende Kritik und wies an dem Königsberger Schulbeispiel die mausrotthare Natur der deutschen Klassenjustiz nach. Die schöne Enttäuschung, in die Staatssekretär Nieberding darob versel, bewies, daß die Liebe gesehen. Unser Antrag, das Scheusal in die Volksstunde zu werfen, d. h. den Majestätsbeleidigungsparagrafen aus dem Strafgesetzbuch herauszuschreiben, wurde abgelehnt; wie es scheint, ist noch nicht einmal aus den Polen alle Loyalität herausgeprügelt worden. Mit allen gegen unsere Stimmen fiel unser Antrag und mit derselben Mehrheit wurde das schwächliche Produkt der Kommission angenommen.

Die nun folgende Beratung des Scheckgesetzes bot wenig Interessantes. Genosse Frank, der zu Beginn der

Sitzung kurz den Standpunkt unserer Fraktion zu der Vorlage über die Funkentelegraphie, die an eine Kommission von 14 Mitgliedern verwiesen wurde, dargelegt hatte, ergriff auch zum Scheckgesetz das Wort. Ein direktes Interesse an dem an sich übrigens lobenswerten Gesetze haben die Arbeiter nicht, denn das Scheckbuch der Arbeiter befindet sich in trauter Gesellschaft mit dem berühmten Sonntagshuhn. Da die Vorlage aber an sich der Entwicklung der Volkswirtschaft günstig ist, so werden wir für sie stimmen.

Am Mittwoch steht unsere Interpellation über das preussische Wahlrecht zur Beratung. — Die in Preußen üblichen Vorbereitungen für solche Tage sind schon in Gestalt unpassender Absperrungsmaßnahmen getroffen. Wird wieder, wie am blutigen Sonntage, heute, am Tage der Arbeitslosenversammlungen, Proletarierblut die Straßen Berlins röten?

#### Nationalliberale Einigkeit.

Man erinnert sich noch, wie am 4. Dezember der erste Vizepräsident des Reichstages, Dr. Paasche aus Anlaß des ersten Hardenprozesses seinen Vorstoß gegen den Kriegsminister machte, von Bülow darauf gehörig abgekanzelt und von seiner Fraktion im Stich gelassen wurde. Es war der furchtbar kritische Tag für den Block, dessen Risse aber dann noch durch Bülows Drohungen mühsam verkleistert wurden. Man hat bis dahin nicht erfahren, ob Paasche auf eigene Faust Politik getrieben oder aber im Namen der nationalliberalen Fraktion geredet hatte.

Nun haben sich zwei nationalliberale Abgeordnete über diese Frage ausgesprochen, aber so deutlich wie jener geredet, so widerspruchsvoll sind ihre Angaben. In der Generalversammlung des nationalliberalen Vereins zu Hameln hat der Vertreter des Wahlkreises Hameln-Springe, der Abgeordnete Hansmann, erklärt: Herr Paasche habe die Fraktion von seiner Absicht nicht vorher benachrichtigt. Herr Paasche sei ersucht worden, wenn er wieder einmal im Namen der Fraktion spreche, solche „Husarenritte“ zu unterlassen, da sie leicht auf die Partei zurückzufallen.

Hier wurde also Paasche gründlich herunterkapiselt. Was aber sagt der andere Fraktionsgenosse Paasches? Es ist Herr Wehl, Abgeordneter für Celle-Feine-Gifhorn, der sich in Gifhorn also vernehmen ließ:

In weiten Kreisen sei man mit der Rede des Kriegsministers v. Einem nicht einverstanden gewesen. Aus seiner (Wehls) Garnison (Celle) und aus benachbarten Garnisonen seien verschiedene höhere Offiziere an ihn herangekommen und haben ihm gesagt, die Rede des Kriegsministers dürfe nicht unwiderprochen bleiben, und so sei es mehreren seiner Fraktionsgenossen gegangen. Da habe man denn in der Fraktion beschlossen, daß der Abg. Paasche nochmals auf die Rede des Kriegsministers eingehen sollte. Der Abg. Paasche habe sich seine Rede Wort für Wort vorher aufgeschrieben und das Konzept dem Vorsitzenden der Fraktion, dem Abgeordneten Bassermann, zur Durchsicht gegeben; dieser habe auch sein vollständiges Einverständnis mit der Rede Paasches ausgesprochen und nach diesem Konzept habe der Abg. Paasche seine Rede wörtlich vorgelesen.

Wer hat denn nun recht? Sicherlich Herr Wehl, denn es ist nicht anzunehmen, daß er solche bestimmte Behauptungen sich aus den Fingern gesogen hat. Herr Bassermann wird diese Offenbarung freilich nicht behagen. Eine hübsche Illustration zur Einigkeit der Nationalliberalen.

Auch in der Wahlrechtsfrage kämpfen die Nationalliberalen gegen einander. Die „National-Korrespondenz“ druckt die Zuschrift eines nationalliberalen Abgeordneten ab, in dem vom 10. Januar als von einem „dunklen Freitag“ geredet und gesagt wird, nach der Erklärung Bülows zur Wahlrechtsfrage müsse die nationalliberale Fraktion ihr Vertrauen zu Bülow einschränken. Darauf antwortete die „Köln. Zeitung“, man müsse sich ja nicht zu der Annahme verleiten lassen, als rühre diese Korrespondenz von einem führenden Abgeordneten der Nationalliberalen her. Wenn Bülows Erklärung auch nicht ganz befriedige, so sei doch kein Grund vorhanden, ihm das Vertrauen auf Unparteilichkeit seiner Blockpolitik zu beschneiden.

Gewiß, wer der Junkerpolitik sich auf Gnade oder Ungnade verschreibt und das Blockpolitik nennt, der findet in dem Verhalten des Reichstages keine Parteilichkeit. Die Junkersippe sucht sich im „Freitag“, sie weiß besser, wie ihre Aktien stehen.

## Der Kaiser und die sozialdemokratische Wahlrechtsdemonstrationen.

Am 14. Januar, also am zweiten Tage nach dem sogenannten „roten Sonntag“ — so wird dem „Vorwärts“ geschrieben — ließ der Kaiser, wie der „Abn. Zeitung“ aus Berlin berichtet wird, die Schutzleute auf dem Schloßhofe antreten und sprach dem Polizeihauptmann Schmahen seine Anerkennung für das energische und doch taktvolle Vorgehen der Schutzmannschaft am kritischen Sonntag aus. Er wies darauf hin, daß mit Rücksicht auf die unausbleiblichen Folgen die Requirierung des Militärs unter allen Umständen bei solchen Anlässen vermieden werden solle. Auch die Kaiserin sprach der Schutzmannschaft ihren Dank aus.

Als die Demonstranten, die in der Stichwahlnacht vor dem Schloße und dem Kanzlerpalats laute Rufe ausbrachten, unbeteiligt und unverwundet nach Hause gegangen waren, dankte seinerzeit der Kaiser der Polizei für ihr „maßvolles und taktvolles“ Vorgehen. Diesmal war es nicht „maßvoll“, sondern „energisch“. Auch die Rufe der Demonstranten waren anders. Aber der Dank an die Polizei ist geblieben.

## Der Sprachenparagraf im Reichsvereinsgesetz.

Wie der Sprachenparagraf auch nach der von den Freisinnigen vorgeschlagenen Änderung wirken würde, zeigt die „Mannheimer Volksstimme“ an einigen Beispielen:

Eine große Fabrik in einem Mannheimer Vorort hatte mehr als 200 italienische Arbeiter und Arbeiterinnen importiert und sie bei der Annahme kontraktlich auf ein Jahr verpflichtet. Diese Arbeiter fanden die Arbeitsverhältnisse aber nicht ihren Erwartungen und den ihnen gemachten Zusagen entsprechend und wollten deshalb von dem eingegangenen Arbeitsvertrag los. Es kam zur Niederlegung der Arbeit. In einer improvisierten Versammlung setzte ihnen ein des Italienischen selbst nur mangelhaft mächtiger Redner, so gut es ging, die Rechtslage auseinander und versprach, daß das Gewerkschaftskartell sich der Sache annehmen werde. Das geschah; bei den Verhandlungen mit der Fabrikleitung wurde eine beider Teile zufriedenstellende Einigung erzielt und die Arbeit alsbald wieder aufgenommen. Nach der neuen Vereinsgesetzvorlage hätte die Versammlung voraussichtlich dreimal vierundzwanzig Stunden vorher angemeldet werden müssen, also zu einer Zeit, wo die fremden Arbeiter noch gar nicht daran dachten, eine Versammlung abzuhalten. Selbst wenn das Ministerium die gewünschte Genehmigung zur Benutzung der italienischen Sprache erteilt hätte, wäre sie doch immer erst gekommen, wenn es bereits zu spät gewesen wäre. Denn die Aussprache, ob man in dem Streik verharren und welche Konzessionen man eventuell machen wolle, konnte nicht bis nach dem Eintreffen der Antwort verschoben werden. Ähnlich lagen die Verhältnisse beim Streik der Arbeiter in der Spinnerei in Sandhofen im Jahre 1905. Dort mußten die Ausführungen in der Versammlung außer in deutscher auch in böhmischer und italienischer Sprache gemacht werden, um sich allen Streikenden verständlich zu machen. — Was hier von den Fabrikarbeitern gesagt ist, gilt erst recht von den vielen italienischen Erdarbeitern und fremdsprachigen Bergleuten, wovon die ersten den Arbeitsort häufig wechseln müssen und oft genug in Verhältnisse kommen, die eine gemeinsame Befreiung nötig machen. Es braucht sich hierbei nicht immer um Lohnforderungen zu handeln; es können auch Sicherungsmaßnahmen gegen Unfälle und ähnliches in Frage kommen.

Man sieht, wie Angelegenheiten von Wichtigkeit sehr rasch und verhältnismäßig leicht abgewickelt werden können, wenn nur die Möglichkeit sofortiger gemeinsamer Aussprache vorhanden ist. Das wird aber durch den Anmeldezwang erschwert und, insofern Ausländer in Frage kommen, ganz unmöglich gemacht. Schon aus diesen rein praktischen Erwägungen heraus stellt sich der Entwurf als schädlich dar, ganz abgesehen davon, daß er als eine Einschränkung der Vereins- und Versammlungsfreiheit grundsätzlich zu verwerfen ist.

## Das Ende des Reichsvereinsgesetzes

kündigt die „Kreuzzeitung“ an. Die konservative Fraktion, schreibt sie, habe sich überzeugt, daß es nicht angebracht sei, den Frauen die Beteiligung an politischen Wahlvereinen und Wahlversammlungen gesetzlich einzuräumen. Weiter heißt es in offizieller und bestimmtester Form: „Die konservative Fraktion konnte sich nicht entschließen, die Vereins- und Versammlungsfreiheit auch den jugendlichen einzuräumen.“ Nur den über 20 Jahre alten Männern soll nach konservativer Ansicht ein Vereins- und Versammlungsrecht zugestanden werden. Damit wären die letzten Verbesserungen, die das Reichsvereinsgesetz gegen die bestehenden preußisch-sächsischen Zustände aufwies, weggestrichen, und nur die Verschlechterungen blieben übrig.

Die Erklärung der „Kreuzzeitung“ kommt gerade in dem Augenblick, in dem der rechte Flügel des Freisinnigen erklärt, der Block müsse des Vereinsgesetzes wegen zusammengehalten werden. . . .

## Bittere Wahrheiten

lagt in Nr. 1 der christlich-sozialen Wochenchrift „Die Arbeit“ ein Pfarrer seinen eigenen Gesinnungsgewissen in bezug auf ihre Stellung zur Sozialdemokratie. Der Geistliche meint unter anderem:

„Das würde doch wohl im Grauen niemand zu behaupten wagen, daß die dem Arbeiter nicht gerecht werdende gesellschaftliche Ordnung die gottgewollte, d. h. ein Rührmischichtan sei. Man sagt, die soziale Bewegung ist sozialdemokratisch, und an einer sozialdemokratischen Bewegung sich zu beteiligen ist einem Christen unmöglich. Nun ist ja gewiß, daß die sozialdemokratische Partei sich der Arbeiter mit aller Macht angenommen hat und für ihre Forderungen eintritt, und es braucht uns nicht wunderzunehmen, wenn die Arbeiter der sozialdemokratischen Partei dafür dankbar sind. Anstatt darüber auf christlicher Seite zu zeteren, sollte man einmal auf seine Brust schlagen, und sich sagen, daß

hier die Sozialdemokraten wirklich christlich gehandelt haben, und sollte ebenso handeln. Dem Arbeiter in der Geltendmachung des Rechts seiner Persönlichkeit auf allen Gebieten des Lebens zu helfen und ihn in seiner und seiner Familie wirtschaftlicher Existenz zu stützen, hat an und für sich nichts mit einer politischen Partei zu tun. Glaubt man es nicht auf dem Boden der sozialdemokratischen Partei tun zu können, so mag man es getrost von einem anderen Standpunkt aus tun, aber nicht darum von einer als berechtigt anerkannten Bewegung sich zurückziehen, weil diese Bewegung von einer politisch und religiös anders stehenden Partei mitgetragen wird. Seligenshaft zur Mitarbeit an der großen sozialen Bewegung findet sich genug.“

Das christliche Stöckerblatt verwahrt sich gegen diese trefflichen Ausführungen ihres geistlichen Mitarbeiters insofern, als es erklärt, es könne sich nicht mit allen diesen Anschauungen identifizieren. Für ein Hehlblättchen gegen die Sozialdemokratie muß es auch gar zu bitter sein, im eigenen Lager die Tätigkeit der Sozialdemokratie anerkennen zu hören.

## Welche Lust, Soldat zu sein!

Von Mitte Juli bis Ende Dezember 1907 wurde die gerichtliche Bestrafung von 40 Soldatenmißhandlern bekannt. In Strafen wurden ausgesprochen: 1 Jahr 6 Monate Zuchthaus, 4 Jahre 7 Monate 22 Tage Gefängnis, 5 Monate 2 Tage mittlerer Arrest, 1 Monat 28 Tage gelinder Arrest, 2 Monate 1 Tag Stubenarrest, 4 Degradationen. Der Freiheitsentzug beträgt im ganzen 6 Jahre 10 Monate, 23 Tage. Auf Preußen treffen 1 Jahr 6 Monate Zuchthaus, 3 Jahre 8 Monate 22 Tage Gefängnis, 3 Monate 6 Tage mittlerer Arrest, 18 Tage gelinder Arrest, 27 Tage Stubenarrest, 3 Degradationen (31 Vorgefekte, darunter 4 Offiziere); auf Bayern 1 Monat 4 Tage Stubenarrest (2 Offiziere); auf Sachsen 11 Monate Gefängnis, 1 Monat 26 Tage mittlerer Arrest, 1 Monat 10 Tage gelinder Arrest, 1 Degradation (7 Vorgefekte). Die bestrafte Offiziere sind: der preussische Gendarmehauptmann Leopold v. Sassen, 1 Tag Stubenarrest, Leutnant Graf Brühl vom preussischen Ulanen-Regiment Nr. 5 14 Tage Stubenarrest, Leutnant v. Hake vom Kaiser Alexander Garde-Grenadier-Regiment 12 Tage Stubenarrest, Leutnant Elstermann v. Elster 7 Monate Gefängnis und Dienstentlassung (scheint gegen den § 175 verstoßen zu haben), Hauptmann Samin vom bayerischen 20. Infanterie-Regiment 24 Tage Stubenarrest, Oberleutnant Biedner vom gleichen Regiment 10 Tage Stubenarrest.

Auch in diesem Halbjahre können die Soldatenmißhandler nicht über harte Bestrafung klagen. Den preussischen Soldatenqualern aus dem Offiziersstande wurde außerdem wie gewöhnlich die Wohltat zuteil, daß die Öffentlichkeit während der Gerichtsverhandlung ausgeschlossen wurde. Aus Gründen der Disziplin natürlich! In Bayern scheint die militärische Disziplin nicht ein so zartes gebrechliches Pflänzchen zu sein wie in Preußen, wenigstens werden in Bayern auch die offiziellen Soldatenqualer öffentlich abgeurteilt. Der stolze preussische Nar hat also, wie er ja auch auf dem Gebiete des Wahlrechts beweist, vor der Sozialdemokratie eine viel größere Sorge als der bayerische Leu.

Im ganzen Jahre 1907 wurde die gerichtliche Bestrafung von 102 Soldatenmißhandlern bekannt. Der verhängte Freiheitsentzug betrug 16 Jahre 10 Monate 9 Tage. Würden drei Soldaten einen Unteroffizier aus einem Gasthause, in dem er sich unverschämte benimmt, hinauswerfen, so erhielten sie eine größere Strafe als die erwähnten 102 Soldatenqualer zusammen. Nach § 106 des Militärstrafgesetzbuches mußten sie mindestens zu je 5 Jahren Gefängnis verurteilt werden. Nach offizieller preussischer Anschauung befestigt ein solch empörendes Mißverhältnis zwischen der Bestrafung der Verfehlungen von oben nach unten und jener von unten nach oben die Disziplin! Würde uns eine gütige Fee die Erfüllung eines Wunsches in Aussicht stellen, so würden wir sie bitten, uns einmal ein preussisches Geheimratshirn in Tätigkeit vorzuführen. Alle Rätsel der Sternenwelt sind dagegen ja der reine Pfliffertling.

## Ab nach Kassel!

Es war ein Begräbnis erster Klasse, das man gestern in Kassel dem General Keim und den Seinen bereitetete. Nur die Bayern haben die aufgebahrten Särge des Präsidiums des Flottenvereins, das gleich zu Anfang der Tagung seinen Rücktritt erklärt hatte, ohne Rührung in Reih und Glied stehen, aber ein großer Teil der Delegierten wußte sich vor Wehmut und Weinen über den so jäh entriessenen schneidigen Agitator nicht zu fassen. Schließlich wurde sogar die Ehrenalbe eines Vertrauensvotums über die offenen Gräber abgegeben, worauf die Bayern unter Protest das Lokal verließen.

Der äußere Verlauf bietet außerordentlichen Hauptverhandlung des Flottenvereins schon war — außerordentlich. Ein hoher Adel und ein verehrliches bürgerliches Publikum betrugten sich lust so, wie sich nach den Behauptungen der „nationalen“ Schmocks von Limans Schlag Sozialdemokraten betragen — sollen. Das war ein Lachen, Rasen, Schäumen — ein Schäumen, Rasen, Lachen war's. „Wir haben kaum je einer Verhandlung beigewohnt, auch nicht in Volksversammlungen, in der die Gemüter so unter der Macht innerer Erregung standen,“ schreibt das flottenvereinsfreundliche „Leipziger Tageblatt“, „wie hier in Kassel. Es war oft minutenlang nicht möglich, auch nur ein Wort zu verstehen — so gingen die Zwischengänge hin und her, so erregt brach sich die Leidenschaft Bahn, so tumultuös war der Verlauf.“ Würde es sich um Arbeiter statt um Generale und Professoren, Kommerzien- und Regierungsräte handeln, man hätte — was gilt die Wette? — von politischem Rowdytum und wüsten Rüpelzügen gesprochen.

Mehr als wildes Geschrei brachte die Tagung überhaupt nicht zuwege, und just die fanatischen Flottentreiber werden heute mit einem sehr verkäuterten Gemüt aufwachen. Man hatte zwar eine ernsthafteste Diskussion über Wesen und Ursachen des Konflikts von vornherein unterdrückt, indem der Vorsitzende durch die Mehrheit einen Beschluß fassen ließ, daß die Kölner Tagung und „Allerhöchste und Höchste Personen“ nicht zur Sprache gebracht werden dürften. Damit waren die Erörterungen herabgedrückt zu einer Reihe von „türkischen Geschäftsordnungsdebatten“, deren

eine die andere mit Geräusch und Lärm ablöste. Aber der Erfolg? Das unstrittige Präsidium hat seine Ämter niedergelegt, doch die Bayern ließen sich nicht verblüffen: Sie verlangten Gewähr, daß im Herbst dieselben Leute nicht wieder gewählt würden. Da statt dessen ein Vertrauensvotum für den Keim und die Keimlinge angenommen wurde, strömten die bayerischen Delegierten zur Tür hinaus. Der bayerische Landesverband des Deutschen Flottenvereins hat damit aufgehört zu existieren! Was es bedeutet, daß der Flottenverein zu einem rein preussischen Institut herabstinkt, darüber werden sich seine Führer im klaren sein. Aber möglich ist auch oder vielmehr wahrscheinlich, daß jetzt Wilhelm II. und mit ihm die andern Bundesfürsten auf ihre Protektorenposten dankend verzichten. Damit werden die eisernen Klammern herausgezogen, die den Verein zusammenhalten, und wie ein Kartenhaus bricht das ganze Gebäude zusammen. Übrig bleibt dann nur das Häuflein berer, die am Flottenbau ein ganz spezielles Interesse haben, wie etwa die Stahlwerksmagnaten des Ruhrreviers, die für Linienfahrzeuge und Kreuzer Armierung und Panzerplatten liefern.

Im Grunde hat, das soll ausgesprochen werden, von seinem Standpunkt Keim ganz recht: Flottenagitation muß politische Agitation sein. Deshalb war das ihm ausgesprochene Vertrauensvotum ganz logisch, und vielleicht kommt es noch besser. Vielleicht ist er nur hinabgefahren zur Hölle, um am dritten Tage wieder aufzuerstehen von den Toten und weiter zu gehen gegen Kirpitz und Ruppert, gegen Zentrum und Sozialdemokratie, zur höheren Ehre einer deutschen Riesenvlottenflotte.

## Osterreich-Ungarn.

Die Verschärfung der Geschäftsordnung. Die Absicht der ungarischen Regierung, die Geschäftsordnung für das Abgeordnetenhaus zu verschärfen, um die Opposition im allgemeinen, besonders aber bei Beratung der Wahlreform möglichst mundtot zu machen, stößt auch in Magyarenkreisen auf Widerstand. Die äußerste Linke scheint sich daran zu erinnern, daß sie einmal Opposition war und möglicherweise wieder in dieselbe gedrängt werden könne, wo die Waffe der Obstruktion so treffliche Dienste leistet. Sie hält es daher nicht für geraten, sich dieser Waffe für ewige Zeiten zu begeben. Eine Gruppe dieser Partei wünscht daher, daß die geplante Verschärfung bei der Verhandlung militärischer Fragen und aller Angelegenheiten, die sich auf das Verhältnis Ungarns zu Osterreich beziehen, keine Anwendung finde. Wie der „Böf. Ztg.“ berichtet wird, gaben die Minister Andrássy und Apponyi sich alle Mühe, die äußerste Linke zu überreden, von der Forderung abzustehen. Apponyi gab zu bedenken, daß das allgemeine Wahlrecht etwa 40 Nationalitäten und 40 Sozialdemokraten in das Haus bringen werde, und diese mit den Kroaten jede parlamentarische Tätigkeit verhindern könnten. Doch alle Bemühungen erwiesen sich als vergebens. Es war zu befürchten, daß etwa hundert Mitglieder aus der Partei austreten könnten. Hierauf erklärte Andrássy, daß die Regierung bereit sei, den Entwurf entsprechend den Wünschen der äußersten Linken abzuändern. Andrássy fügte hinzu, er persönlich werde in der Koalitionskonferenz für den ursprünglichen Entwurf stimmen, werde jedoch daraus keine Kabinettsfrage machen, da die Angelegenheit nicht von der Regierung, sondern von den Parteien ausgegangen sei.

## Rußland.

Der zitternde Zar. Da man in Petersburg revolutionäre Anschläge befürchtet, wurde die diesjährige Feier der Wasserweihe vor dem Winterpalais, welcher bekanntlich die ganze Zarenfamilie beiwohnt, abgeblasst. Die Feier soll auf einem Teiche des Schloßparks von Zarskoje Selo abgehalten werden.

Gefängnisarcnel. Der Duma-Abgeordnete Genosse Scheidte erhielt von den Genossen Schaparidze (Abg. der 1. Duma) und Gegeleskori (Abg. der 3. Duma) folgendes Telegramm aus Kutaisi (Kaukasus): „Im Gouvernementsgefängnis haben 700 Gefangene den Hungerstreik begonnen. Das Gefängnis ist äußerst überfüllt. Es mangelt an Brot. Ein Teil der Gefangenen schläft auf dem Zementboden. Die Wäsche wird in den Zellen gewaschen. Die Schmutzkübel werden tagelang nicht gereinigt. Es finden Massenerkrankungen statt. . . . Die Badestube und Toilette sind gesperrt. Heute sind drei von den Gefangenen gestorben.“

## Süd-Amerika.

Das fällige Anarchistenkomplott. Diesmal ist es zur Abwechslung in Brasilien „entdeckt“ worden. Aus Rio de Janeiro wird gemeldet: Die Polizei ist einer anarchistischen Verschwörung auf die Spur gekommen, welche die Zerstörung eines Teiles der amerikanischen Flotte bezweckte. Der Herd der Verschwörung befand sich in Petropolis, Zweigverbindungen in Sao Paulo und Mines Geraes. Ein in Petropolis wohnender Jean Fehder gilt als Hauptverdächtiger, es sollen aber auch ausländische Anarchisten beteiligt gewesen sein. In einer amtlichen Note erklärt die brasilianische Regierung, daß sie vor dem Eintreffen der amerikanischen Flotte in Rio aus Washington und Paris Mitteilungen erhalten habe, nach denen von Anarchisten verschiedener Nationalitäten Unternehmungen gegen die amerikanischen Kriegsschiffe geplant seien. Die Polizei traf alle Vorsichtsmaßnahmen zur Verhütung derartiger Unternehmungen. — Die Tollheit der Meldung liegt auf der Hand. Was in aller Welt sollte die Anarchisten dazu bewegen, einen Anschlag zu machen, bei dessen Gelingen eine Anzahl armer Teufel von Matrosen und Soldaten das Leben einbüßen müßte, ohne daß auch nur das geringste erreicht würde. Offenbar hat die brasilianische Polizei das Bedürfnis, von sich reden zu machen, und da kommt es ihr nicht an, eine Anzahl Leute einzujucken, denen sie aus irgend einem Grunde nicht grün ist.

# Aus Lübeck und Nachbargebieten.

Mittwoch, den 22. Januar.

**Zug von Maurern und Zimmerern nach Söhrmann** in Travemünde ist streng fernzuhalten, da die Sperre über diese Firma verhängt ist.

**Zug nach der Getreidemüller Malsfabrik** ist strengstens fernzuhalten.

Die Bürgerschaft räumte am Montag mit den noch auf Lager befindlichen Resten auf, und zwar in verhältnismäßig kurzer Zeit. Um neun Uhr war bereits alles erledigt. In einer längeren Debatte kam es nur bei dem Senatsantrage betr. Verbesserung der Stelverhältnisse in St. Lorenz-Süd. Der Senat war einem von der Bürgerschaft ihm vor längerer Zeit entgegengebrachten Ersuchen nachgekommen und beantragte, an der Stelverhältnisse eine Kläranlage einzurichten; sonderbarerweise hatte die Bürgerschaftskommission, welche selnerzeit mit der Prüfung der Senatsvorlage beauftragt war, aus u. E. falschen Sparmaßstäben die Kläranlage aus dem Senatsantrag gestrichen. Man will also ein neues großes Ziel in die Traue einmünden lassen und zwar an einer Stelle, in deren Nähe sich zwei Badeanstalten befinden. Daburch dürfte das Flußwasser und das Wasser des Stadtgrabens, das schon jetzt nicht gerade durch seine Klarheit und Geruchlosigkeits angenehm aussieht, noch weit mehr verunreinigt werden. Von Seiten unserer Genossen wurde mit großem Nachdruck für die im Interesse der Volksgesundheit liegende Erbauung der Kläranlage eingetreten, während der Senat anscheinend ganz zufrieden gewesen wäre, wenn die Bürgerschaft nicht seinem Antrage, sondern den Vorschlägen der Kommission Folge geleistet hätte. Schließlich wurde der Sietbau beschlossen und an den Senat wieder das Ersuchen gerichtet, der Bürgerschaft baldigst eine Vorlage über die Erbauung einer Kläranlage entgegenzubringen. Es ist nach den Debatten vom Montag wohl schwerlich anzunehmen, daß der Senat sich nunmehr beeilen wird, die Erbauung einer Kläranlage zu beantragen. Die Bürgerschaft hat jedoch bewiesen, daß sie zu sparen weiß — wie gewöhnlich — am unrechten Orte! Die Bevölkerung dürfte den Schaden davon haben. In unserem getrigen Bürgerschaftsbericht wird verkehrtlich gesagt, daß die Vorlage betr. Stelverbesserung in St. Lorenz-Süd an die Kommission zurückverwiesen sei; das war selbstverständlich ganz unmöglich, nachdem der Antrag sogleich angenommen war.

Die übrigen Verhandlungen der Bürgerschaft boten verhältnismäßig wenig Interesse.

**Weg mit der Bürgerschaft!** Diesen Ruf kann man im Amtsblatt vom letzten Montag abend lesen. Es heißt dort:

„Wenn man den großzügigen Gedankengang, der dem Plan eines Redner für die Entwicklung Lübecks zu Grunde liegt, vergleicht mit der Methode, mit welcher die heutige Bürgerschaft sich nach Art der „Lante mit dem Tadel“ bis in die kleinsten Einzelheiten verliert, so verzagt man an dem geschlechtsweisen Verfall dieser Körperschaft und an der Möglichkeit, daß diese kleinstädtische Versammlung noch einmal eine „Großstadt“ regieren helfen soll. Wäre es da nicht besser, wenn man die ganze Legislative den Behörden, dem Senat und dem Bürgerausschusse überließe? In diesen drei Instanzen wird schon sorgfältig genug gehandelt. Schlechter würde es uns dabei nicht gehen und wir würden vorwärts kommen. Die gesamten Bürgerschaftsmitglieder, welche jetzt in ihren Neben so breite Suppen kochen, würden vielleicht ebenso gern in der Exekutive ihre Dienste dem Staat ebenso gratis und ebenso lange zur Verfügung stellen, wie heute in der Legislative. Zum lediglich ausführenden Beamten gehört keinerlei eigene Initiative, keinerlei Sinn für die wirtschaftlichen Aufgaben unserer Zeit und unseres Staates, aber fast ebenso viel Bedanterie, wie sie heute im Staatsratsssaal zu Tage tritt, und die kostbare Zeit, welche heute mit vielen Reden und dem noch schmerzlicheren Anhören derselben vertan wird, könnte im Staatsinteresse ungleich nützlicher angewandt werden.“

Das Amtsblatt ist f. H. mit allen ihm zu Gebote stehenden Mitteln, auch mit der wiederholten Ausnutzung des Schwindels von einem angeblichen Bebelworte für die Verschlechterung des Wahlrechts eingetreten — jetzt möchte man die Lübecker Bürgerschaft am liebsten ganz beseitigen. Es mag ja richtig sein, daß unser Klassenparlament in der Hauptsache aus Leuten besteht, die keinerlei eigene Initiative, keinerlei Sinn für die wirtschaftlichen und — fügen wir hinzu — sozialen Aufgaben des Staates besitzen. Immerhin kann man doch in der Bürgerschaft Missetände, die sich im Staatswesen zeigen, zur Sprache bringen und Anregungen geben. Das tun ganz besonders die Sozialdemokraten. Deshalb — und nur aus diesem Grunde — möchte man die ganze Gesetzgebung den Behörden übertragen. Und das Amtsblatt macht sich zum Sprachrohr dieser Anregung. Sehr bezeichnend!

**Jahresbericht des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes** Zahlreiche Lübeck, für 1907. Die Zahlstelle veranstaltete im Jahre 1907 20 Versammlungen, und zwar 4 regelmäßige Generalversammlungen, eine außerordentliche Generalversammlung und 15 Mitglieder- und Ortsversammlungen. In fünf dieser Versammlungen wurden Vorträge gehalten. In einer Versammlung erstattete Kollege Schulz Bericht über die Einigungsverhandlungen in Berlin. Der dort abgeschlossene Tarif wurde gegen eine Stimme angenommen. Zwei Versammlungen befaßten sich mit der Weiterzahlung der Extrabeiträge von 1 Mk. resp. 50 Pf. die Woche. Es wurde beschlossen, diesen Extrabeitrag bis Ende Sept. weiter zu zahlen. In einer Versammlung wurde der Lokalbeitrag auf 25 Pf. erhöht, damit beträgt der Gesamtbeitrag 75 Pf. pro Woche. Ferner wurde das Vertrauensmännersystem eingeführt. Die Mitgliederzahl betrug am Schlusse des Jahres am Orte 406; außerdem noch 26 auswärtige Kollegen, in Summa 476. Es nahmen durchschnittlich 112 Kollegen an den Versammlungen teil. Die höchste Besucherzahl betrug 270, die niedrigste 52. Die Lokalverwaltung erledigte ihre Obliegenheiten in 28 Sitzungen. Zu erledigen waren 85 Angelegenheiten. Ferner wurden zwei Statistiken aufgenommen, eine über die Löhne, eine zweite über die Zugehörigkeit zu den verschiedenen Organisationen resp. über die Nichtorganisierten. Wertstatistiken fanden mit der Lokalverwaltung 16 statt, sowie eine Sitzung mit den Werkstattdelegierten. In den 16 Wertstatistiken wurden als wichtigste Angelegenheiten verzeichnet: neunmal über Affordarbeit und Affordtarif, dreimal über Lohnfragen, einmal über Änderung der Werkstattordnung. In zwei Betrieben kam es zum Abschluß eines Affordtarifes. Die Lohnforderung war 2 in einem Betriebe ganz und in einem anderen teilweise bewilligt. Auch wurden von der Verwaltung in den umliegenden Orten Agitationen unternommen. In Schwartau wurde mit Hilfe des Gewerkschaftsverbandes eine Zahlstelle gegründet. Ende des Jahres verunglückte die Verwaltung, die auf der Lübecker Maschinenbau-Gesellschaft beschäftigten Holzarbeiter zu organisieren. Die Bemühungen waren bisher noch erfolglos. Der Streik der Bau- und Möbelschler, Drechsler, Maschinen- und Hilfsarbeiter wurde nach 15monatlicher Dauer durch Unterhandlungen in Berlin endlich beigelegt.

Der abgeschlossene Tarif bietet in seinen wichtigsten Bestimmungen eine Arbeitszeitverkürzung von zwei Stunden pro Woche sowie eine Lohnerhöhung von insgesamt 8.80 Mk. pro Woche und die Einführung des paritätischen Arbeitsnachweises. Es sei hiermit noch erwähnt, daß die Hirsch-Dundersche Organisation, den tapfer kämpfenden Kollegen in den Rücken fiel, die Streikbrecher organisierte und den Arbeitgebern zur Heranziehung von Arbeitswilligen hilfreiche Hand leistete. (Wir verweisen hier auf den Bericht des Arbeitersekretariats.) Wegen angeblicher Vorgehen von Streikenden wurden 10 Kollegen mit insgesamt 18 Monaten, 2 Wochen und 5 Tagen Gefängnis resp. Haft bestraft. Nicht Kollegen wurden mit Geldstrafen belegt. Trotz aller Gerichtsurteile, trotz des polizeilichen Vorgehens und des Hirsch-Dunderschen Verrats ist der Erfolg doch auf Seiten der Streikenden geblieben. Dieses ist lediglich nur der festen Organisation zu verdanken. Die Werkstattler und die auf der Lübecker Maschinenbau-Gesellschaft Beschäftigten erreichten ohne Streik eine Arbeitszeitverkürzung von 3 Stunden und eine Lohnerhöhung von 90 Pf. resp. 75 Pf. die Woche. Die Korbmacher erlangten durch Unterhandlung einen Zuschlag von 15 Proz. auf die tariflichen Affordpreise. Die Möbeler Kollegen traten am 1. Mai in den Streik, weil die Forderung auf Abschaffung von Koff und Logis beim Meister nicht bewilligt wurde. Nach mehrwöchentlichem Streik ließen die Meister sich herbei, Koff und Logis im Hause des Meisters abzuschaffen. Eine Lohnerhöhung von 1 Mk. pro Woche wurde ferner erreicht. Am Orte bestehen Sektionen der Drechsler, Korbmacher, Stellmacher und Bürstenmacher. Letztere entfalteten in der letzten Hälfte des Berichtsjahres eine rege Agitation unter ihren Berufsangehörigen. Es ist auch teilweise ein Erfolg zu verzeichnen. Mit Einführung des 75 Pf.-Beitrages traten die Möbeler Kollegen aus unserer Zahlstelle aus und schlossen sich der Zahlstelle Lauenburg an. Ebenso meldeten sich auch die Kollegen aus Rugeburg der Zahlstelle Olbesloe an. Die Schwartauer Kollegen traten mit der Gründung der eigenen Zahlstelle aus der Lübecker Zahlstelle aus. Es gingen ein: 76 Briefe, 82 Druckfalten und Geschäftsbriefe, 46 Postkarten, insgesamt 204 Eingänge. Es gingen aus: 128 geschriebene Briefe, 28 hektographierte, 74 Postkarten, 24 Druckfalten, insgesamt 254 Ausgänge. Die Bibliothek wurde der neu eingerichteten Genossenschaftsbücherei überliefert. Aufgenommen wurden im verfloffenen Jahre 91 Mitglieder. Die Gesamteinnahme der Verbandskasse betrug 49711,27 Mk. Von den Ausgaben seien erwähnt: An die Hauptkasse wurden eingekandt: 8200 Mk., Arbeitslosenunterstützung auf der Reife 425,59 Mk., am Orte 877,93 Mk., Krankenunterstützung 515,78 Mk., Sterbeunterstützung 275,10 Mk., Umzugskosten 119,60 Mk., Rechtschutz 1007,95 Mk., Agitation 17 Mk., 20 Prozent der Beiträge an die Lokalkasse 1871,80 Mark. Streikunterstützung 41 474,51 Mk. Die Gesamteinnahme der Lokalkasse betrug 18 128,05 Mk. Aus dieser Kasse wurde gezahlt: Lokale Arbeitslosenunterstützung 129,85 Mk., Zuschuß zur Streikunterstützung 5589 44 Mk., Mitterunterstützung 3210 Mark, Lokalgeschenke 59,50 Mk., Weihnachtsgeschenke 98 Mk., Sekretariat, Kartell und Bauarbeiter-Schutzkommission 603,60 Mark, Matrausgeperrte 108 Mk. Der Arbeitsnachweis wurde im Jahre 1907 von 369 Kollegen 422 mal benutzt; davon waren verheiratet 237, ledig 182. Diese 369 Kollegen feierten insgesamt 1556 Arbeitstage oder 4 Jahre 3 Monate und 6 Tage. Dieses macht einen Lohnausfall zu 80 Pf. pro Stunde gerechnet von 7391 Mk. Arbeit wurde vermittelt am Orte 235 mal, nach auswärtig 68 mal; abgereicht sind 29 Kollegen, Arbeit selbst gesucht haben 51. Am Schlusse des Jahres verblieben 17 Arbeitslose. Bemerkenswert ist hierzu noch, daß bis Mitte Juni nach der Streik dauerte und vorher hier am Orte keine Arbeit vermittelt wurde.

**ph. Schlechte Logistkollegin.** Festgenommen wurde eine hiesige Frau, die in zwei Fällen sich des Diebstahls von Kleidungsstücken zum Nachteil ihrer jeweiligen Logistkollegin schuldig machte.

**ph. Kein Düfung.** Zwei Arbeiter, die der polizeilichen Auflage, sich Wohnung und Arbeit zu verschaffen, nicht nachgekommen, wurden wegen Übertretung des § 361,3 des Str.-G.-B. (wegen Landstreifens) festgenommen.

**ph. Steckbrieflinge.** Festgenommen wurde ein Arbeiter aus Belone, der seitens der Staatsanwaltschaft in Bremen wegen Diebstahls Steckbrieflich verfolgt wird. — Ein obdachloser Arbeiter, der seitens der Staatsanwaltschaft in Bremen wegen Unterschlagung Steckbrieflich verfolgt wird, wurde hier ermittelt und festgenommen. — Ein Kellner aus Waldenburg, der seitens der Großherzoglichen Staatsanwaltschaft in Grambow wegen Diebstahls Steckbrieflich verfolgt wird, wurde festgenommen.

**Stadttheater-Propositorium.** Aus dem Theaterbureau schreibt man uns: Wie bereits bekannt, wird morgen das Lustspiel „Dr. Klaus“ von Ad. Arronge in Szene gehen. Dr. Klaus ist eines seiner besten Lustspiele, die wirklichen Humor atmen und Witz und frohe Laune sprühen. Freitag beschließt Signorina Prevosti ihr Gastspiel als „Traviata“, in welcher Partie die Künstlerin unerreichbar darstellt. Sonntag wird nach langer Pause eine Fremden-Doppel-Vorstellung zu einfachen Breiten gegeben. Zuerst gelangt die Oper „Mignon“ zur Aufführung mit Fr. Gorden in der Titelrolle, ferner sind beischäftigt Fr. Neumann und die Herren Engel, Mack, Heydrich etc. Hierauf folgt der utomische Schwank „Charles's Lante.“

**Hamburg.** Um 150 000 Mk. betrogen. Ein Leiter einer hiesigen Eier-Engros-Firma genoss das volle Vertrauen seines Herrn, hat dieses aber in schouder Weise mißbraucht. Es fiel seit einiger Zeit dem Inhaber auf, daß die Lagerrechnungen mit den Lieferungsverträgen resp. Abnehmerrechnungen nicht übereinstimmten. Um der Ursache auf die Spur zu kommen, nahm er sich vor, die Detailhändler bei ihren Einkäufen genau zu beobachten. Da machte er die Entdeckung, daß kein eigner Geschäftsführer der Betrüger war. Er ließ sich vorläufig noch nichts merken und wartete noch ein paar Tage ab. Aber immer größer wurde sein Vertrauen, als er die Manipulationen des Geschäftsführers wahrnahm. Er hatte nämlich, wenn die Detailhändler mit ihren Wagen vorgefahren kamen, stets mehr Kisten mit Eiern aufgeladen, als die Abnehmer bestellt hatten und als auf den Rechnungen stand. Ebenso hatte er bessere Qualitäten gegeben, als den jeweiligen Abnehmern zukam. Der Prinzipal konnte so acht Fälle mit eigenen Augen ansehen, um sich hinreichend die Differenz in der Kasse zu erklären. Es ist selbstverständlich, daß bei dieser Affäre noch mehr Schuldige gefunden werden, da ja die Abnehmer mit dem Leiter Hand in Hand gearbeitet haben. So ist bereits gestern mittag ein Händler in Altona wegen Beteiligung an dem Betrug verhaftet. Die Schätzung der Summe auf 150 000 Mk. ist auf folgende Weise entstanden. Bei Durchsichtigung der Wohnung des ungetreuen Leiters fand man Hypothekendriefe über 30 000 Mk. Ferner brachte man in Erfahrung, daß der Mann ein Haus bauen läßt, wofür er 20 000 Mk. bereits angezahlt hat. Sodann hat er auf großem Fuß gelebt, gepiept, gewettet, und sonstigen Luxus getrieben, so daß man als eigenes Betrugsobjekt

80—90 000 Mk. schätzt. Dann muß man wiederum die mit dem „Geschäft“ vertrauten Händler hinzurechnen, welche wohl auf „Teilung“ mit dem Betrüger ständen.

**Kiel.** Gaulkonferenz des Verbandes der Steinseher Deutschlands. In Gewerkschaftshaus wurde Sonntag vormittag die Gaulkonferenz der Steinseher für Nordwestdeutschland vom Gauleiter mit einem Willkommensgruß an die Erschienenen eröffnet. Anwesend sind 28 Delegierte, die 16 Filialen vertreten. Nicht vertreten sind zwölf Filialen. Aus dem Bericht des Gauleiters ist folgendes hervorzuheben: Mit Ausnahme der Lohnkämpfe in Harburg waren im verfloffenen Jahre größere Lohnkämpfe im Gau nicht zu führen. Die in Harburg von den Unternehmern inszenierte Ausperrung konnte nach 16wöchiger Dauer mit einem glänzenden Sieg der Ausgesperrten beendet werden. Weiter waren einige weniger umfangreiche Lohnbewegungen zu verzeichnen. In fast sämtlichen Fällen wurden für die Steinseher wesentliche Lohnsteigerungen erzielt, ebenfalls Verkürzung der Arbeitszeit. Für Harburg lag das Verhältnis nicht so günstig, namentlich in den kleineren Orten, weil dort die Hammer meistens als ungelernete Arbeiter angesehen werden. Die Erfolge in den größeren Orten sind übrigens auf das mehr geschlossene Vorgehen der Kollegen zurückzuführen. Für die Hilfsarbeiter lag die Sache noch schlechter. In der sich anschließenden Debatte trat die Ansicht zu Tage, daß auch unter den Mitgliedern selbst noch diese Aufklärung nötig sei. Den größeren Filialen wurde daher anheim gegeben, zu Gunsten der kleineren mehr auf die Tätigkeit des Gauleiters zu verzichten. Zur Annahme gelangten bei Punkt 1 folgende Anträge: Auf Antrag Fleusburg wird beschlossen: Die Löhne der Hilfsarbeiter mehr zu fördern, wie bisher geschieht. Mit den Hilfsarbeitern einheitliche Tarife abzuschließen, um bei Lohnforderungen und Streiks geschlossen kämpfen zu können. Auf Antrag Kiels: Es ist dahin zu streben, daß in den Filialen des Gaues ein möglichst einheitlicher Lohn erstrebt wird. Über die Arbeitsnachweise und Einführung der Kontrollkarten referierte Kollege Schütt. Zur Annahme gelangte die nachfolgende Resolution: „Die am 19. Januar 1908 in Kiel tagende Konferenz macht es jeder Filiale zur Pflicht, Meldetagen einzuführen. Wo es irgend angänglich ist, sind Arbeitsnachweise und Arbeitsnachweiskarten einzuführen. Die Mitglieder und Zugehörigen haben die Pflicht, sich bei jeder Arbeitslosigkeit in den Besitz einer Melde- bzw. Nachweisekarte zu setzen. Die Frage des Bauarbeiterschlusses wurde vom Gauleiter eingehend und im zufriedenstellenden Sinne behandelt. Eine lebhafteste Debatte entspann sich über die Mittelung des Kollegen Wagner in Berlin, wonach der Verbandsbeirat beschlossen hat, daß die im Streik befindlichen Kollegen denselben Beitrag zu zahlen haben, wie die übrigen. Nachmittags 5 1/2 Uhr schloß Krognann-Berlin mit einem kräftigen Appell an die Delegierten die Konferenz.“

**Bremen.** Wohl vor dem Schwurgericht. Am Morgen des 26. August hatten mehrere am Weserbahnhof beschäftigte Arbeiter einen menschlichen Rumpf in der Weier treibend gesehen. Als der Leichnam ans Land geschafft war, wurde durch die sofort eingeleitete Untersuchung festgestellt, daß die Verstimmlung des Menschen die Folge eines Verbrechens sein mußte. Schneller als erwartet, wurde der Täter entdeckt und verhaftet. Es war der Gärtner Gustav Theodor Wohl, der in der Sögestraße ein Blumengeschäft hatte. Der Ermordete war der Teilhaber eines benachbarten Konkurrenzgeschäftes, der Gärtner Johann Heinrich Lantau, der mit dem Gärtner Vorchding zusammen ein anderes Blumengeschäft in der Sögestraße führte. Lantau war früher bei Wohl als Blumenbinder beschäftigt gewesen, er trat dann bei Vorchding in Stellung und wurde später Teilhaber des Geschäfts. Darüber war Wohl dermaßen erbost, daß er dem Lantau nach dem Leben trachtete. Am Sonntag, 25. August, hat B. dann die grauenerregende Tat, über deren Einzelheiten wir hinfänglich berichtet haben, ausgeführt. — Am Montag morgen um 9 1/4 Uhr wurde die Sitzung eröffnet. Der Zuhörerraum war bis auf den letzten Nag besetzt. Der Angeklagte ist am 17. Oktober 1878 zu Döberitz in Schlesien geboren. Er hat seine Eltern im Alter von 7 Jahren verloren. Nach seiner Lehrzeit hat er eine Reihe von Stellungen inne gehabt. Im Jahre 1903 kam er nach Bremen. Als er sich in der Sögestraße ein Geschäft gründete, ging es ihm anfangs sehr schlecht. Ende 1905 kam Lantau zu ihm als Blumenbinder, zuerst stand er mit ihm sehr gut, später, als Lantau bei ihm austrat, verwandelte sich die Freundschaft in Haß. Am 14. Mai 1907 ersuchte er bei der Polizei um einen Erlaubnischein zur Anschaffung von Arsenik. Nach seiner Darstellung hatte der Angeklagte damals größere Geschäftsverluste, wodurch ihm Selbstmordgedanken gekommen waren. Im Juni hatte sich der Angeklagte einen künstlichen Varr gekauft, nach seiner Angabe hat er ihn bei einem Schlachtfest (!) verwenden wollen. Dann hat er sich auch im August scharfe Patronen gekauft; nach seiner heutigen Angabe hat er seinen Revolver seit 1901. Ihm wird vorgehalten, daß er früher einmal gesagt habe, er habe den Revolver 14 Tage vor der Tat gekauft. Bei dem Waffenhändler hatte er bei dem Kauf der Patronen eine Qualität gefordert, die eine starke Durchschlagskraft besitze. Seit 14 Tagen vor der Tat will er den geladenen Revolver ständig bei sich getragen haben, um sich selbst das Leben zu nehmen. Dem Untersuchungsrichter gegenüber hatte er bei seiner ersten Vernehmung auf eine Frage, weshalb er den Revolver getragen habe, keine Auskunft geben können. Am Sonnabend vor dem 25. August, dem Tage der Tat, war Wohl rechtzeitig ins Bett gegangen. Am andern Morgen traf er Lantau auf der Straße, als er vor seinem Schaufenster stand, dann sprach er ihn an wegen einer Differenz, die er mit dem Automobilhändler hatte. Lantau gab ihm zur Antwort, er werde in seinen Laden kommen, um dort die Sache zu regeln. Nach kurzer Zeit kam Lantau in seinen Laden und schrieb dort an einem Strehpult einen Zettel. Als Lantau den Zettel aufgeschrieben hatte, kam es nach der Angabe des Angeklagten zwischen beiden zu einem Wortwechsel und schließlich soll Lantau ihn an der Gurgel gewackelt und auf das Sofa geworfen haben. Zuerst hatte Wohl gesagt, er habe Lantau in der Notwehr erschossen. Heute gibt er zu, daß er etwa acht Tage gegen den Gedanken gekämpft, Lantau zu erschießen. Als er nach den Gründen gefragt wird, antwortet er, er sei „durchhin“ gewesen.

## Arbeitslosen-Demonstrationen.

**Magdeburg, 21. Jan.** In überfüllter Versammlung demonstrierten heute mittag die Arbeitslosen Magdeburgs gegen die provokatorischen Reden der bürgerlichen Stadtverordneten in der letzten Stadtverordnetenversammlung. Tausende fanden keinen Einlaß. Nach der Versammlung kam es infolge der Absperrung maßregeln der Polizei, die offenbar Demonstrationen vor dem Rathaus fürzerte, zu lebhaftesten Aufrufen. Fast die gesamte Polizei war aufgeboten, um die „Auführer“ zu zerstreuen. 27 Verhaftungen wurden vorgenommen.

**Berlin, 21. Jan.** Die neun Arbeitslosenversammlungen, in denen heute vormittag sozialdemo-

**Reichstagsgebäude, gestrichen, haben und die von 12000 Personen besucht waren, haben einen ruhigen Verlauf genommen. Der Aufforderung der Redner, nach Schluß der Versammlung ruhig auseinanderzugehen und der Polizei keinerlei Anlaß zum Einschreiten zu geben, wurde überall Folge geleistet. — Auf dem Schiffbauerdamm, gegenüber dem Reichstagsgebäude, kam es gegen 4 Uhr zu einem Zusammenstoß zwischen Arbeitslosen und der Polizei, die von einem Theaterneubau aus mit Helleisen beworfen wurde. Derittene und Fußpolizei ging mit blanker Waffe gegen die Menge vor, wobei eine Anzahl am Kopfe verwundet wurde. — Die von etwa 8000 Personen besuchten Versammlungen Arbeitsloser wurden teilweise wegen Lokalüberfüllung teilweise geschlossen. Die einberufene Anarchistenversammlung fand nicht statt. Trupps von Demonstranten veranfaßten Muzik. Die Markstraße und die Kronprinzstraße, die Karlsruherstraße und die Königsplatzstraße waren der Schauplatz ersterer Zusammenkünfte mit der Polizei, die die blanken Waffe gebrauchte. Vor einem Hause auf dem Schiffbauerdamm erhielt ein Schuhmann einen Schuß (?? Red. d. Volksb.) in den Manteltragen, er selbst wurde nicht verletzt. Die Hauptredenten wurden verhaftet. — Als heute Nachmittag gegen 4 Uhr unaefähr 2000 Arbeitslose, die gegenüber dem Reichstagsgebäude auf dem Schiffbauerdamm sich zusammengefunden hatten, von der Polizei zerstreut werden sollten, wurden von dem Neubau des Neuen Operentheaters Helleisen gegen die Polizisten geworfen, worauf die Schulleute blatt zogen. Während eine Anzahl Schulleute von der Brücke aus auf die Demonstranten scharf einwirkte, drang auf der anderen Seite eine Abteilung berittener Schulleute ein, die ebenfalls blatt gezogen hatte. Wie in der Nähe befindliche Personen behaupten, soll auch ein Feuerwerkskörper explodiert sein, der vielleicht von den Schulleuten für einen Schuß gehalten wurde, worauf diese aufstammliche Reize einschlugen, von denen eine Anzahl am Kopfe verwundet wurden. Die Polizei sperrte die Arbeit auf dem Neubau.**

**Dannover, 21. Jan.** Mittags waren etwa 600 Arbeitslose vor dem Geschäftshause einer hiesigen Zeitung versammelt, um den dort ausgegebenen Arbeitsmarkt in Empfang zu nehmen. Einer der Arbeitslosen wurde gegen einen die Ruhe aufrecht erhaltenden Schulkmann tätlich, so daß der Beamte gezwungen (?? Red. d. Volksb.) war, von seinem Säbel Gebrauch zu machen. Daraufhin drangen mehrere andere der Arbeitslosen mit offenem Messer (?? d. Volksb.) auf den Beamten ein. Einer der Exzedenten wurde so schwer verletzt, daß er ins Krankenhaus gebracht werden mußte.

**Theater und Musik.**

**Brevosti-Gastspiel.** Im Stadthallen-Theater gastierte gestern abend Franzeschina Brevosti als Carmen. Die ausgezeichnete Künstlerin hat diese Partie hier bereits wiederholt in alanzender Weise gegeben; in ihrer Darstellung ist alles natürlch und echt; sie spielt nicht, sondern sie durchlebt ihre Rolle. Gesanglich bot Fräulein Brevosti auch gestern wieder vollkommenes. Die glöckereine Stimme wird von ihrer Bestherin mit seltener Virtuosität und Kunst beherrscht und gibt sich in allen Registern mühelos. Man kritisiert die Leistung der Brevosti nicht, sondern man bewundert sie. Das Publikum, welches leider nicht allzu zahlreich erschienen war, spendete Blumen und reichen Beifall. Unsere einheimischen Künstler waren bemüht, ihr Bestes zu geben; auch sie haben berechtigten Anspruch auf Anerkennung. P. L.

**Gekte Nachrichten.**

**Berlin, 21. Jan.** Die Anwaltskammer hat das Geschehen gegen den Rechtsanwalt Liebknecht abgelehnt.  
**Stettin, 21. Jan.** Wie die „Stettiner Neuesten Nachrichten“ melden, sind auf dem Werftplatz bei Soldin 3 Fischer durch die dünne Eisschicht gebrochen und ertrunken.  
**Mech, 21. Jan.** Der 18jährige Fuhrmann Emil Thövenin aus Mey, der am 12. Dezember 1907 die achtzigjährige Frau Donet und deren Sohn ermordet und beraubt hat, wurde von dem hiesigen Schwurgericht wegen Raubmordes zum Tode verurteilt.  
**Mailand, 21. Januar.** Bei einem Eisenbahnzusammenstoß wurden 11 Personen getötet.  
**London, 21. Jan.** Nach einer Lloydmeldung aus Falmouth fand heute auf dem Dampfer „Strathlyn“ von Hamburg nach New-York bestimmt, welcher am 19. Januar mit 12 Fuß Wasser im Schiffsraume Nr. 1 nach Falmouth zurückkehrte, eine Explosion im Schiffsraum 1 statt. Das Feuer dauert noch an. Die Behörden tun ihr Bestes, um zu löschen. — Eine Lloydmeldung aus Falmouth besagt: Das Feuer auf dem Dampfer „Strathlyn“ ist lokalisiert, aber durch das schwimmende Öl droht noch Gefahr. Der Schaden dürfte bedeutend sein.  
 Verantwortlich für die Rubrik Lübeck und Nachbargebiete und die mit P. L. gezeichneten Artikel Paul Stöwig; für den gesamten übrigen Inhalt Johannes Stelling.  
 Verleger: L. H. Schwarz, Druck: Friedr. Meyer u. Co. Sämtlich in Lübeck.

**Komitee- u. Kommissions-Sitzungen**

**H. T. V.**  
 Festkomitee Donnerstag 8 1/2 Uhr.  
 Am Montag abend 10 1/2 Uhr starb unser kleiner sößer Rudi im zarten Alter von ein Jahr und 7 Monaten. Tiefbetrauert und schmerzlich vermisst von seinen Eltern und Angehörigen.  
**H. Wulff und Frau,**  
 Marie, geb. Möller.

Am Dienstag morgen entschlief nach langem Leiden meine liebe unvergeßliche Frau  
**Mario**  
 im Alter von 54 Jahren. Tiefbetrauert von Ernst Kuchel, Dienstmann.  
**Heinrich David u. Frau** nebst Entel.  
 Die Beerdigung findet am Freitag, den 21. Januar, nachmittags 2 Uhr, vom Trauerhause, Mühlenstraße 43/2, aus statt. Die Feier beginnt 1 1/2 Uhr.

Ein leeres heizbares Zimmer mit Keller zu vermieten  
 Augustenstraße 29 a, I.  
 Einige Herren- und Damen-Masken-Anzüge billig zu vermieten  
 Schwartzau, Lübeckstraße 14.

**Carl Folkers**  
**Möbel-Magazin**  
 25 Marlesgrube 25.  
 Vollständige Wohnungseinrichtungen.  
 Selbstgefertigte Arbeiten.  
 Größte Auswahl.  
 Billigste Preise.  
 Weitgehendste Garantie.  
 Zimmer-Einrichtungen stets vorräthig.  
 Lieferung frei Haus  
 auf eigenem Möbelwagen.  
 Teilzahlung gestattet.  
 Bei Teilzahlung Rabatt.  
 Gebe rote Lübeck-Marken.

**Achtung Maler!**  
**General-Versammlung**  
 der Zentral-Kranken- u. Sterbe-Kasse  
 am Donnerstag, den 23. Januar  
 abends 8 1/2 Uhr.  
 im Vereinshaus, Johannisstraße 50-52.  
 Tages-Ordnung:  
 Jahresabrechnung.  
 Wahl des Vorstandes.  
 Verschiedenes. Der Vorstand.

**Arbeiter-Bildungsschule**  
**Lübeck.**  
 Donnerstag:  
**Rede-Uebung.**  
 Thema: Die Grundzüge der technischen Entwicklung.  
 Referent: Dr. Schamer.  
 Der Vorstand.

Flotte Damen-Masken-Anzüge, Bierette, Polin, Allddeutsch um zu vermieten  
 Fleischnauerstraße 8, Flügell.  
 Zum 1. Februar ein junges Tagesmädchen gesucht.  
**A. Böckler, Friedenstraße 48.**

Ein elegantes Damen-Maskenkostüm zu vermieten  
 Meierstraße 20 a.  
**Chaiselongue von 28 Mk. an, Klappdivan mit Taschen v. 50 Mk. an, Garnituren billig**  
 Johannisstraße 41.

Einem geehrten Publikum weile ich ergebenst mit, daß ich in dem früher der Firma Rud. Kracht gehörenden Hause Ratzeburger Allee 40 ein Geschäft in Kolonial-, Eisen- und Kurzwaren, Hausstandssachen, Farben, Tabak und Zigarren unter der Firma  
**Max Petersen**  
 vollständig neu eingerichtet und soeben neu eröffnet habe.  
 Ich bitte, mein Unternehmen durch Zuwendung von Aufträgen gütigst unterstützen zu wollen, die ich gewissenhaft und zu billigsten Preisen ausführen werde.  
 Hochachtungsvoll  
**Max Petersen, Ratzeburger Allee 40. Fernruf 824.**

**Geschäfts-Eröffnung.**  
 Dem geehrten Publikum zur Anzeige, daß wir mit dem heutigen Tage Reiferstraße 26 eine Schlachtereie und Würstmacherei eröffnen. Empfehlen zu gleicher Zeit:  
 Pa. junges kernfestes Rindfleisch Pfd. 60 Pf. | Pa. Schweinefleisch Pfd. 60 u. 65 Pf.  
 „ blattes Queenfleisch 60 „ | „ Kalbfleisch Pfd. 50, Keule Pfd. 60 „  
 „ Bratenfleisch Pfd. 65 u. 70 „ | „ Junges Hammelfleisch „ 70 „  
 sowie sämtliche Würstwaren zu den billigsten Tagespreisen.  
 ff. Bratenschmalz Pfd. 50 Pf.  
 Wir eruchen, unser Unternehmen gütigst zu unterstützen und zeichnen  
 Hochachtungsvoll  
**H. Schmalfeld & W. Mamerow,**  
 Schlachtereie und Würstmacherei.

Man abonniert jederzeit auf das schönste und billigste Familien-Witzblatt



**Meggendorfer-Blätter**  
 München 99 Zeitschrift für Humor und Kunst  
 99 Vierteljährlich 13 Nummern nur M. 3.—  
 Abonnement bei allen Buchhandlungen und Postanstalten. Verlangen Sie eine Gratis-Probenummer vom Verlag, München, Theaterstr. 41  
 Kein Besucher der Stadt München sollte es veräumen, die in den Räumen der Redaktion, Theaterstraße 41 III befindliche, äußerst interessante Ausstellung von Originalzeichnungen der Meggendorfer-Blätter zu besichtigen.  
 Täglich geöffnet. Eintritt für jedermann frei!

**XV. Allgemeine Geflügel-Ausstellung**  
 des Vereins zur Förderung der Geflügelzucht  
 in der „Hansa-Halle“, Hansa-Brauerei, Fackenb. Allee 100/104.  
 Geöffnet:  
 am Sonnabend, den 25. Januar 1908, von vormittags 10 Uhr an,  
 am Sonntag, den 26. Januar 1908, von vormittags 11 Uhr an,  
 am Montag, den 27. Januar 1908, von morgens 9 Uhr bis abends 6 Uhr.  
 Eintrittsgeld:  
 am Sonnabend, den 25. Januar 1908 für Erwachsene 50 Pf., für Kinder 10 Pf.  
 am Sonntag, den 26. Januar 1908 für Erwachsene 30 Pf., für Kinder 10 Pf.  
 am Montag, den 27. Januar 1908 für Erwachsene 20 Pf., für Kinder 10 Pf.  
 Zu recht zahlreichem Besuch ladet ergebenst ein  
 Das Ausstellungs-Komitee

**Verband d. Fabrik-, Land-, Hilfsarbeiter u. Arbeiterinnen Deutschl.**  
 (Zahlstelle Lübeck.)  
**Mitglieder-Versammlung**  
 am Donnerstag, 23. Jan., abends 8 1/2 Uhr, im Vereinshaus, Johannisstraße 50-52.  
 Tages-Ordnung:  
 1. Aufnahme neuer Mitglieder.  
 2. Abrechnung vom 4. Quartal 1907.  
 3. Verschiedenes.  
 Um zahlreiches Erscheinen ersucht  
 Die Ortsverwaltung.

**Arbeiter-Turn-Verein Lübeck.**  
 Am Sonntag, den 26. Januar:  
**Turngang**  
 über Schlutup nach dem „Tiergarten“ mit nachfolgendem Beifartoffestessen.  
 Abmarsch 2 Uhr vom Burgtor.  
 Um zahlreiche Beteiligung ersucht  
 Der Turnwart.  
 Unterschriftsbogen bis Donnerstag, den 23. d. M., auf dem Turnboden.

**Seefahrer-Kranken-Kasse.**  
 50jährige Jubiläumsfeier  
 Mittwoch, den 5. Februar 1908  
 in sämtl. Räumen der Stadthalle.  
 Das Komitee.

**Panorama**  
 Breitestraße 53, 1. Etage  
 Neueste Aufnahmen vom westlichen  
**H A R Z.**

**Hansa-Theater**  
 Theater Variete 1. Rang.  
 Die großen Welt-Attraktionen  
**Stuart Renroff**  
**Olympiers**  
 und das übrige Programm.  
 Vorverkauf bei Sager bis 5 Uhr.

**Stadt-Theater.**  
 (Provisorium)  
 Direktion: L. Piorkowski.  
 Donnerstag, den 23. Januar. 8 Uhr  
 84. Abonn.-Vorst. 17. Donnerstags-Vorstellung.  
**Doktor Stans.**  
 Lustspiel in 5 Akten von L'Arronge.  
 Freitag: Leichtes Brevosti-Gastspiel.  
**Traviata.**  
 Sonntag: Große Fremden-Doppel-Vorstellung zu einfachen Preisen.  
**Mignon.**  
 Darauf: Charleys Tante.

Deutscher Reichstag.

Originalbericht des „Lübecker Volksboten“.

Berlin, den 21. Januar 1908.

86. Sitzung, Nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratsische: Kräfte, später Dr. Nieberding.

Auf der Tagesordnung steht zunächst die erste Lesung des Telefunkenengesetzes.

Staatssekretär Kräfte begründet kurz die Vorlage. Kräfte führte aus, daß drahtlose Telegraphenanlagen nur mit Genehmigung des Reiches errichtet und betrieben werden sollen.

Die Abgg. Guen (R.), Schneider (Z.), Dr. Junck (M.), Dr. Delbrück (Fg.) stimmen der Vorlage durchweg zu, doch wünschen die beiden letzten Redner Kommissionsberatung. Dr. Delbrück erregt große Heiterkeit, als er erzählt, daß einmal auf ein Funkentelegramm Loubets die Antwort zurückgekommen sei: „Ich pfeife darauf.“

Frank (Soz.): Die Wissenschaft, die die sichtbaren Verbindungsfäden überflüssig gemacht hat, hat gleichzeitig unsichtbare Fäden der Solidarität zwischen den Völkern geknüpft. Der internationale Vertrag ist aus dieser internationalen Solidarität entstanden. Eine derartige Vorlage ist die wirksamste Propaganda für die Sache des Friedens und der Kultur. (Zust. b. d. Soz.)

Die Kommission hat die Regierungsvorlage dahin abgeändert, daß die Beleidigung nur dann strafbar ist, wenn sie in der Absicht der Ehrverletzung, böswillig und mit Übereilung begangen wird.

Die Kommission hat die Regierungsvorlage dahin abgeändert, daß die Beleidigung nur dann strafbar ist, wenn sie in der Absicht der Ehrverletzung, böswillig und mit Übereilung begangen wird. Sind mildernde Umstände vorhanden, so kann nach der Kommissionsfassung die Gefängnisstrafe bezw. Festungshaft bis auf eine Woche ermäßigt werden.

Roeren (Z.): Wir vermischen eine objektive Einschränkung des Majestätsbeleidigungsbegriffes, denn „Böswilligkeit“ usw. sind rein subjektive Momente. Die Folge ist, daß die politischen Anschauungen, die Parteizugehörigkeit des Betreffenden für die Richter mit entscheidend sein wird.

Es ist ein Antrag Albrecht und Genossen (SD.) eingegangen, die Majestätsbeleidigungsparagrafen (95, 97, 99, 101) St.-G.-B. aufzuheben.

Heine (SD.): Wir erkennen einen gewissen Fortschritt der Kommissionsfassung gegenüber der Regierungsvorlage an. Aber wir können auch die Kommissionsfassung längst nicht als genügend ansehen, sondern werden vielmehr für unseren, eben vorlesenen Antrag stimmen.

König Jakobs letzte Tage.

Ein historischer Roman von Theodor Mügge. (4. Fortsetzung.)

Zu derselben Zeit hielt Barillons Wagen dicht bei dem Könige. Der Gefandte und Lord Sunderland stiegen aus; der König hielt ganz allein auf dem Rande der Erhöhung.

Als Barillon bei den Generalen vorüberging, murmelte manche Lippe ihm leise Flüche nach. Der Franzose war verhasst, ganz Frankreich und das französische Bündnis längst ein Gegenstand des tiefsten Nationalunwillens.

„Da, Sunderland!“ rief der König seinem Minister zu, „sie haben es gewagt, diese Bischöfe freizusprechen!“

„Bei meinem Eide!“ sagte Jakob, die Hand heftig erhebend, „sie sollen es bereuen. Sie sollen mir nicht aus dem Kerker entkommen.“

„Darf ich Ew. Majestät um ein kurzes Gehör bitten.“ fiel der Gefandte ein.

„Ein Wort von mir.“ erwiderte Jakob finstern, „und Weltministerhall ist besetzt. Haltet mich nicht ab, zu tun, was Recht und Pflicht ist.“

„Ew. Majestät werden dies Wort nicht sprechen.“ fuhr er Gefandte mit aller Entschiedenheit fort.

„Ich kenne ihre Treue“, sprach der König, „sie wird nicht wanken.“

Fassung, mögen harmlose Bierphilister frei ausgehen; aber die Befreiung der politischen Kritik von den unwürdigen Fesseln des Majestätsbeleidigungs-Paragrafen wird nicht erreicht. Ganz im Gegenteil.

Die Erfahrung hat inzwischen bestätigt, was ich bei erster Lesung ausführte: Politische Äußerungen werden unter den Majestätsbeleidigungsparagrafen gebracht, wenn auch erst die Logik vergewaltigt werden muß, bis man sie auf den Pfosten beziehen kann. (Sehr wahr! bei den Soz.)

Die liberalen Königsberger „Hartungische Zeitung“ die Denunziantin spielte. (Hört, hört! bei den Soz.) — Wir verkaufen nicht die Absicht der Regierung, die Majestätsbeleidigungsprozesse einzuschränken.

Staatsekretär Dr. Nieberding: Wenn wir die Beleidigung einheimischer Herrscher straffrei lassen wollten, müßten wir auch die straffreie Beleidigung fremder Herrscher gestatten.

Osann (M.): Die Sozialdemokratie ist nie zufrieden zu stellen. Der Artikel in der „Königsberger Volkszeitung“ enthielt die schärfsten Beleidigungen der Königin Luise.

Die Tendenz des Artikels (Aha, aha!) und Gelächter b. d. Soz.) war auf die Herabsetzung der Königin Louise und aller Teilnehmer an der nationalen Denkmalsenthüllung gerichtet.

Gräf (WBg.) jubelt unter dröhnendem Beifall der Rechten über das Königsberger Urteil.

„Ich zweifle nicht, aber —“ er neigte sich weiter vor und flüsternte leise: „Ew. Majestät haben zu bedenken, daß es Protestanten sind, deren Köpfe der religiöse Wahn, wie wir sehen, erhitzt hat.“

„So will ich sie kalt und vernünftig machen.“ rief Jakob. — „Churchill!“

„Nach ein Wort, Majestät. — Ich habe den Auftrag meines Herrn zu vollziehen, Ew. Majestät die sichersten Beweise vorzulegen, daß Meer und Flotte in Holland bereit sind, in England eine Landung zu bewirken.“

„Sichere Beweise, sagt Ihr.“ murmelte er. „Vollkommene sichere Beweise.“ fuhr Barillon fort.

„Wenn die Bischöfe von neuem gefangen in den Kerker gebracht, das aufgereagte Volk zur Wut getrieben wird: glauben Ew. Majestät, daß diese protestantischen Soldaten auch dann noch gegen alle Empörer und Verräter fechten werden?“

Jakob sah finstern vor sich nieder. — „Kommen Sie nach Whitehall“, rief er plötzlich den Kopf aufrichtend, „augenblicklich, — ich erwarte Sie, — ich will Ihre Beweise hören!“

London war an diesem Abend glänzend erleuchtet. Unzählige Freudenfeuer brannten. Das Volk tanzte darum, das Bildnis des Papstes wurde in die Flammen geworfen.

Es war dunkel geworden, als Lord Jeffreys aus des Königs Palast nach Hause fuhr.

Der Kanzler stieg aus, die Bedienten hielten ihn an beiden Armen. Der Hofmeister mit dem großen Silberleuchter empfing seinen Herrn ehrerbietig an der Treppe und leuchtete voran.

„Wer ist hier gewesen, Tornton?“ fragte der Lord. „Niemand von Bedeutung“, erwiderte der Diener.

Dr. Müller-Meinigen (Fg.): In England gibt es seit einem Jahrhundert keine Majestätsbeleidigungs-Prozesse mehr. Das kommt von der politischen Freiheit in England.

Dr. Wagner (R.): Im sozialdemokratischen Zukunftsstaat wird es einen noch schärferen Majestätsbeleidigungs-Paragrafen geben.

Seine (SD.): Ich konstatiere mit großer Befriedigung, daß der Abg. Osann ganz ausdrücklich, wenn auch nicht ganz freiwillig, zugestanden hat, daß es sich bei dem Königsberger Prozeß um einen Tendenzprozeß allerhöchster Art handelte.

Staatsekretär Dr. Nieberding entrußt sich unter dem Beifall der Nationalliberalen und der Rechten über den Ausdruck „Schleichwege“.

Roeren (Z.): Aus einer Kritik historischer Vorgänge, mag diese Kritik auch geschmacklos und übertrieben sein, eine Majestätsbeleidigung herzuleiten, ist immer noch bedenklich.

Gräf (WBg.): Der Abg. Heine scheint mich gemeint zu haben, als er von gefährlichen Richtern sprach.

Heine (Soz.): Wenn meine Rede den Herrn Graf zur Offenbarung seiner inneren Natur gebracht hat, so kann ich mich darüber nur freuen.

Nach Ablehnung des Antrages Albrecht gegen die Stimmen der Sozialdemokraten wird ebenfalls gegen die Stimmen der Sozialdemokraten die Vorlage in der Kommissionsfassung angenommen.

Das bisher sehr stark besetzte Haus beginnt sich zu leeren.

Die Abgg. Macken (Zentr.), Arnold (Konf.) und Weber (Nat.) billigen den Grundgedanken des Gesetzes, tragen einige Bedenken vor, und wünschen Kommissionsberatung.

Frank (SD.): Die Arbeiter haben ein geringes Interesse an der Vorlage; ebensowenig wie jeder Arbeiter Sonntags sein Huhn im Topfe hat, hat er sein Scheetbuch im Schranke.

Kaab (WBg.) hofft und fürchtet nichts von dem Gesetze.

„Endlich hielt der Wagen an dem Gebäude, das groß und dunkel seine Schatten über die schweigende Straße warf.“

„Wer ist hier gewesen, Tornton?“ fragte der Lord. „Niemand von Bedeutung“, erwiderte der Diener.

„Niemand außer Master Thimble, der seit zwei Stunden im Vorraum sitzt.“

„Und Fräulein Lätitia Grey, hat sie Besuch gehabt?“

„Nein, Ew. Gnaden. Sie hat eine Stunde im Garten spaziert und ist dann wieder heringekommen.“

„Niemand außer Master Thimble, der seit zwei Stunden im Vorraum sitzt.“

„Und Fräulein Lätitia Grey, hat sie Besuch gehabt?“

„Nein, Ew. Gnaden. Sie hat eine Stunde im Garten spaziert und ist dann wieder heringekommen.“

„Niemand außer Master Thimble, der seit zwei Stunden im Vorraum sitzt.“

„Und Fräulein Lätitia Grey, hat sie Besuch gehabt?“

**Wommen (Pp.) und Wagner-Württemberg**  
(Wpt.) sind für die Vorlage.  
Hierauf vertagt sich das Haus auf Mittwoch 1 Uhr.  
Sozialdemokratische Wahlrechtsinterpellation und  
Fortsetzung der heutigen Debatte.  
Schluß 6 Uhr.

## Soziales und Parteileben.

Der Zentralverband der Handlungsgehilfen und Gesellen Deutschlands wird seine letzte Generalversammlung nach einem Beschluß des Verbandsvorstandes zu Pfingsten d. J. in München abhalten.

**Freigeprochenes Gericht.** Der Gerichtspräsident Regulator (Organ des Gewerkschafts der Maschinenbauer) hatte dem Bezirksleiter Hunger vom Metallarbeiterverband unversämmt vorgeworfen, er habe in Wosen mit den Unternehmern ein Abkommen zur Verhinderung von Streiks getroffen. Ferner war gesagt, Hunger habe den dortigen Streik unter traurigen Umständen abgemittelt. Außerdem wurde mit Bezug auf Hunger von „Gefinnungslumperei in höchster Potenz“ gesprochen, auch sollte er sich von den Ausdrücken „Schwinder“ und „Lügner“ den passendsten aussuchen. Die auf Grund dieser Verdächtigungen und Beschimpfungen erhobene Privatklage richtete sich gegen den bekannten Gleichauf, der die betreffenden Nummern verantwortliche gezeichnet hatte. Derselbe war zur Verhandlung vor dem Schöffengericht in Stettin persönlich erschienen und suchte den Gewerksverein als verfolgte Unschuld hinzustellen. Nachdem der Vorsitzende gleich nach Beginn der Verhandlung gekündigt hatte, für ihn sei die Sache völlig klar, wurde jede weitere Beweiserhebung abgelehnt und Gleichauf schließlich freigesprochen. Die Artikel seien zwar beleidigend, aber dem Beklagten sei der Schutz des § 193 (Wahrnehmung berechtigter Interessen) zuzubilligen! Die zweite Sache richtete sich gegen Gleichauf und den Bezirksleiter der Kirche Wolf in Stettin. Kläger waren hier die Gauleiter Korschlag und Falkenberg-Stettin und Alex-Hamburg, welche in einem von Wolf verfaßten und im „Regulator“ veröffentlichten Artikel u. a. nachgefragt war, sie hätten beim Streik in Wismar eine „Spitzbubentaktik“ verfolgt. Gleichauf reklamierte dieses Wort als Fachausdruck (!) aus der Terminologie seines Freundes Erkelenz! Der Vertreter der Kläger betonte bei Eingang der Verhandlung, daß er sich ein Eingehen auf die Sache für die zweite Instanz vorbehalten könne, da es hier doch keinen Zweck habe und das Gericht zu einer Freisprechung kommen werde. Und so kam es auch! Als „Sieger“ verließen Gleichauf und Wolf den Gerichtssaal. Es müßte schon sonderbar zugehen, wenn die Herren Kirche vor der zweiten Instanz wiederum so glimpflich davonkämen.

**Der Erpressungs-Paragraf gegen organisierte Arbeiter.** In der gerichtlichen Verhandlung der Arbeiterbewegung durch den Erpressungs-Paragrafen hat jetzt die Strafkammer zu Hannover den Vogel abgeschossen. Sie verurteilte zwei Zeiniger wegen „verrückter Erpressung“ zu neunmonatlicher Haftstrafe wegen Verletzung des § 233. Der Fall lag so: Die beiden hatten einen Kollegen namens Mahn, der 1904 wegen Nichtzahlung seiner Beiträge aus dem Zeinigerverband ausgeschlossen werden mußte, wiederholt zu bewegen gesucht, wieder dem Verband beizutreten. Mahn sollte ein Reuegeld von 8 Mk. zahlen und dafür gleich seine alten Rechte wieder erlangen. Dabei war der Ausdruck gefallen, so könne es kommen, daß im Frühjahr keiner mehr mit ihm arbeiten wolle. Durch dieses Verhalten war nach Ansicht des Gerichts der Zustand der verletzten Erpressung „begründet“. Der Verband habe das Eintrittsgeld, das sonst nur 55 Pfg. betrage, auf 8 Mk. festgesetzt, weil es ihm „nicht gleichgültig“ sei, ob er 8 Pfg. oder 55 Pfg. Eintrittsgeld erhalte! Die „Angeklagten“ hätten, ohne ein Recht zu haben, von Mahn den Wiederbeitritt zum Verband zu erlangen, diesen Zweck durch Drohung erreichen wollen. Wir haben die Erpressungsjudikatur gegen die Gewerkschaften immer für eine phantastische Ausgabe klassenstaatlicher Rechtsprechung gehalten, aber dieses Urteil stellt denn doch auf diesem Gebiete den Rekord fest. Das Phantastische, oder wenn man will, auch sozial rückständige dieser Art Jurisprudenz liegt in der Unterstellung, als stände die Gewerkschaft, deren alleiniger Zweck tatsächlich die organisierte Interessenvertretung der Arbeiter einer Berufsklasse ist, dem beitragsleistenden Mitgliede als „Dritter“ im Sinne des § 233 gegenüber, dem es auf die Beiträge an sich als persönlichem Vermögensvorteil ansehe. — Solche Einfälle sind natürlich im Ernst undiskutierbar und nur traurig bezeichnend für die Geistesfreiheit des Staatsjuristen in allen Elementarfragen sozialer Bildung. Wenn es aber einen Arbeiter gibt, der mit seinem Gewerkschaftsbeitrag keinen

„Gut“, sagte Jestrans, „ich hoffe, Frau Burns leitet ihr Gesellschaft.“

„Gewiß“, erwiderte der Hausmeister. „Die vorzügliche Dame tut, was sie kann, um dem Fräulein zu Diensten zu sein.“

Der Kanzler blieb einen Augenblick an dem großen Tisch stehen, der die Mitte seines Zimmers einnahm und wählte unter dem Haufen verchiedener Papiere und Schriften, mit denen dieser bedeckt war. Der grämliche Lornton zündete inzwischen zwei Kerzen an und fragte, ob er Wilkins heranzulassen sollte.

„Nein“, erwiderte der Lord. „Du kannst gehen; doch halt noch ein. Als mein Wagen in den Hof fuhr, schickte draußen ein Mensch umher, der ein verdächtiges Aussehen hatte. — Sieh zu, ob er sich blicken läßt, und vertreibe ihn das Biederkommen. Überhaupt sei auf Deiner Hut. Laß niemand in dieses Haus, das ich Deiner Wachsamkeit anvertraut habe.“

„Ohne Sorge, mein gnädiger Herr“, sprach Lornton mit Würde. „Im Gnaden können mich. Kein Mensch, der Fleisch und Bein besitzt, wird es wagen, ohne meinen Willen und mein Wissen den Fuß über die Schwelle zu setzen, ebenso wenig aber wird jemand hinauskommen, der drinnen ist.“

„Wohlgeprochen, Lornton“, sagte der Kanzler; „ich kann mich auf Dich verlassen, und besser ist es oft, ein Auge zu haben, das scharf sieht, als hundert. Selbst der Argus wurde betrogen.“

„Was betrügt keiner“, erwiderte der Hausmeister.

„Wenigstens hält es schwer. Du bist jahrelang mein beherzogter Handwerker, der das Bild in den verdecktesten Fußschuhen aufhängt.“

„Im Herkules denkt an James Grey“, murmelte Lornton mit einem häßlichen Lachen.

„Ja James Grey und an andere, die Du aus Meiner Gesellschaft hast. — Du, Lornton, die Welt wird immer schlechter. Die treuen und schlaun Männer, welche Geiz und Mächtig brechen, nehmen ab. Man mag bezahlen und belohnen, so viel man will, es ist unschätzbares Geld das ohne Talent und Liebe zur Sache kein Häcker- und Spionensystem wird.“

(Fortsetzung folgt.)

anderen, als nur sich selber einen Vermögensvorteil verschaffe, so war es der Zeiniger M. mit dem von ihm verlangten erhöhten Eintrittsgeld von 8 Mk. Denn mit der Zahlung dieses Betrages, der nur einen Teil der rückständigen Beiträge bildete, erwarb M. materielle Vorteile, deren Wert den Betrag von 8 Mk. weit übersteigt. Während er bei Zahlung des gewöhnlichen Eintrittsgeldes von 55 Pfg. eben als neues Mitglied gegolten hätte, also vor Ablauf einer jahrelangen Karenzzeit keine Unterhaltungsansprüche stellen können, trat er mit dem „Reuegeld“ von 8 Mk. sofort wieder in den Vollbesitz seiner alten Rechte! Ein Beweis, daß die Organisation, weit entfernt, einen „widerrrechtlichen Vermögensvorteil“ für sich zu suchen — um einmal eine solche Annahme als möglich zu unterstellen — tatsächlich nur ihrem ehemaligen Mitgliede den Wiedererwerb erleichtern wollte! Weil die hannoversche Strafkammer von den fleischgewordenen Vorurteilen der besitzenden Klasse verhindert wird, diese so einfachen Dinge zu begreifen, deshalb werden zwei brave und ehrliche Arbeitermänner ins Gefängnis zu den Erpressern und Einbrechern geworfen, das heißt, wenn das ungeheuerliche Urteil der gelehrten Richter die Billigung des Reichsgerichts findet.

**Eine Gemeinheit.** Dr. Carl Peters hat folgenden Brief an die Times geschrieben: „In Ihrer Ausgabe vom Sonnabend, den 11. Januar, finde ich ein Telegramm über meinen augenblicklichen Prozeß gegen die „Königliche Ztg.“ in dem Sie erwähnen, daß mich große Volksmassen vor dem Gerichtsgebäude mit Rufen wie „Mörder“, „Schuft“ beleidigt hätten. Da diese Veröffentlichung einen sehr falschen Eindruck über die hier herrschende öffentliche Stimmung in bezug auf meinen Prozeß erwecken und mich in England schädigen könnte, bin ich überzeugt davon, daß Ihr Sinn für Fairness mir gestattet wird, folgende Aufklärung zu geben: Es ist wahr, daß während der ersten Tage meines Beleidigungsprozesses Massen von 50 bis 80 Menschen gegen mich, meinen Vertreter Dr. Sello und gegen andere an dem Eingang des Gerichtsgebäudes feindlich demonstrierten. Diese Leute gehörten der niedrigsten Klasse der Bevölkerung und, wie mir von der Polizei mitgeteilt wurde, der sozialdemokratischen Partei an. Sie handelten zweifellos auf Grund einer allgemeinen Direktive. Dies wird durch die Tatsache bewiesen, daß sie wie auf Kommando seit dem letzten Sonnabend vollständig verschwanden. Derartige Demonstrationen werden hier organisiert, um ein gewisses Vorurteil in der Presse und im Ausland hervorzuheben, und man sagt mir, daß die Demonstranten etwa 1 Mark 50 Pfg. pro Tag erhalten. Sie werden daraus ersehen, daß wir derartige Manifestationen nicht als Kundgebungen der öffentlichen Meinung zu betrachten haben. Ich habe mich in bezug auf diesen Prozeß nicht über irgendeine Unfreundlichkeit der öffentlichen Meinung in Deutschland zu beklagen. Im Gegenteil, ich bin dankbar für viele Beweise der Freundschaft und der Sympathie aus allen Teilen meines Landes.“ — Man kann es vom Standpunkt des Peters verstehen, daß er sich reinzumachen versucht. Eine Gemeinheit sondergleichen aber ist es, wenn Peters behauptet, die Demonstranten seien Anhänger der sozialdemokratischen Partei, die für die Demonstration bezahlt erhielten. Ob diese Gemeinheit auf das Konto der Peters oder gar anderer Personen oder der Kölner Polizei zu setzen ist, können wir natürlich nicht entscheiden. Unsere Genossen sind der sehr richtigen Auffassung, daß einem Peters zu viel Ehre erwiesen wird, wenn man gegen ihn Demonstrationen veranstaltet.

## Aus dem Gerichtssaal.

**Schwere Verbrechen.** Vor dem Schwurgericht Schweidnitz stand dieser Tage der Porseanarbeiter Hantke aus Altmasser. Die Anklage gegen Hantke lautete auf Notzucht in 3 Fällen und Mord. Das erste Sittlichkeitsverbrechen soll er am 4. September 1904 zwischen Kolonie Hühnerhäuser und Seitendorf, Kreis Waldenburg, gegen ein Dienstmädchen aus Seitendorf, das zweite Sittlichkeitsverbrechen am 2. April 1905 bei Hohenberg-Pfarrwidmung gegen ein Dienstmädchen aus Hohenberg und das dritte endlich am 17. September 1907 zwischen Neu- und Alt-Julianendorf gegen Minna Wehrauch, die Pflanzgärtnerin des Gastwirts Lige, begangen haben. Hantke war geständig. Das Urteil lautete wegen Notzucht mit Todeserfolg, begangen am 17. September v. J. an der 29 Jahre alten Gastwirtsstochter Minna Wehrauch, auf lebenslange Zuchthausstrafe und Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte zeitweilig, ferner wegen Notzucht in zwei Fällen auf sechs Jahre Zuchthaus und zehn Jahre Ehrverlust.

**Ungetreuer Kassierer.** Die Strafkammer in Stuttgart verurteilte am Freitag den Kassierer Bötsch des sozialdemokratischen Vereins in Stuttgart wegen Unterschlagung von rund 1600 Mk. Kassengeldern zu sechs Monaten Gefängnis und verfügte seine sofortige Verhaftung.

**Eine Sittlichkeitsverbrecherin** in der Person der 31jährigen Goldschmiedin Anna Lautner von Bonholz hatte sich vor dem Landgericht Regensburg zu verantworten. Sie war angeklagt, einen Knaben unter 14 Jahren verführt und außerdem an einem Mädchen unter 14 Jahren unzüchtige Handlungen vorgenommen zu haben. Die Verhandlung, welche unter Ausschluss der Öffentlichkeit stattfand, entrollte ein trauriges Bild von der sittlichen Verkommenheit der Angeklagten. Das Urteil lautete auf 1 Jahr 6 Monaten Gefängnis.

**Köpenick ist vergessen.** Ein verheirateter Arbeiter in Nürnberg hatte wegen Betrugs eine Gefängnisstrafe zu verbüßen. Kurz vor seiner Entlassung aus der Strafanstalt wurde ihm eröffnet, daß ihn der Magistrat in Nürnberg aus der Stadt ausgewiesen habe. Auf sein Ersuchen wurde ihm ein Aufenthalt von 7 Tagen gewährt, um seine Familienverhältnisse ordnen zu können. Seine Frau ist seit 10 Jahren bei einem Nürnberger Fabrikanten beschäftigt, der sich bereit erklärte, auch den Mann in Arbeit zu nehmen. In Rücksicht darauf richtete er an den Magistrat ein Gesuch, die Ausweisung rückgängig zu machen. Der Unternehmer wendete sich in der gleichen Richtung für ihn. Nun wartete er wochenlang auf die Entscheidung, und als er nichts mehr hörte, begab er sich auf das Rathaus, um sich nach dem Schicksal seiner Ehefrau zu erkundigen. Dort wurde er aber, nachdem man ihm mitgeteilt hatte, daß seine Bitte abgewiesen sei, von der Seite seines zehnjährigen Sohnes, der sich in seiner Begleitung befand, wegverhaftet, dem Gericht vorgeführt und wegen Betrugs zu zwei Jahren Gefängnis verurteilt! Die brutale Polizeigewalt übt die ihr verliche Machtbefugnis bis zum Äußersten aus. Der Bedauernswerte, der aufrichtig bekennt, in seinem Verhalten wieder gut machen, wird gewaltsam daran verhindert, sich ehrlich zu ernähren; er soll entweder seine Familie verlassen und allein in die Fremde ziehen, oder die Frau soll eine sichere Stellung aufgeben und mit den Kindern ihrem Mann ins Unbekannte folgen. So wird die „Heiligkeit der Familie“ gewarnt, an deren Zerstörung die „verfluchten Sozialdemokraten“ so fleißig arbeiten. Wenn der Gehörte schließlich wieder auf die ungelegliche Baha gerät, so macht das der Polizei gar nichts

aus; dann steckt man ihn eben wieder ins Gefängnis. Die Lehren von Köpenick sind tatsächlich schon längst wieder vergessen.

## Aus Nah und Fern.

**Bürgerliche Stadtväter unter sich.** Der bekanntlich wegen eines Kaiserhochs entlassene Kommunalpolitiker in Schneberg bei Berlin hat sich noch verschärft. Eine Pistolenforderung war, wie wir Berliner Blättern entnehmen, das Ergebnis einer Wähler-Verammlung, die der liberale Verein von Schneberg und der Bezirksverein des Berliner Ortsteiles von Schneberg einberufen hatten. Der Stadtverordnete Dr. Böhberg erhob in der Versammlung schwere Vorwürfe gegen den ehemaligen Stadtbaurat a. D. und jetzigen Stadtverordnetenvorsteher Lohausen. Herr Lohausen erwiderte aber nichts, sondern erging sich in Beleidigungen gegen Dr. Böhberg. Tags darauf sandte Dr. Böhberg einen Rechtsanwalt zu Lohausen, um diesen im Namen Dr. Böhbergs aufzufordern, die in der Wähler-Verammlung gegen Beleidigungen zurückzunehmen; sobald dies geschehe, sei auch Dr. Böhberg bereit, seine gegen Lohausen gerichteten Vorwürfe, soweit sie unrichtig sein sollten, zurückzunehmen. Der Rechtsanwalt bemühte sich vergebens, dem Stadtverordnetenvorsteher Lohausen klar zu machen, daß ein Ausgleich in Güte wohl das Beste wäre, damit Weiterungen in dieser Sache vermieden werden. Denn es sei nicht ausgeschlossen, daß da Dr. Böhberg Reserveoffizier sei, der Ehrenrat sich für ein Duell auszusprechen würde. „O, ich fürchte mich nicht, ich bin ein guter Schütze, ich habe in meiner Jugend viel geschossen“, war die Antwort Lohausens. Dr. Böhberg brachte hierauf „pflichtgemäß“ die Angelegenheit an den Ehrenrat, und mit dessen Einverständnis übersandte Dr. Böhberg dem Stadtverordneten Lohausen eine Forderung auf Pistolen. Als Herr Lohausen die Forderung überbracht wurde, lehnte er ein Duell ab mit den Worten: „Ich schieße mich nicht, ich bin ein Mensch, der im zwanzigsten Jahrhundert lebt.“ Der beleidigte Stadtverordnete Dr. Böhberg hat jetzt gegen den Stadtverordnetenvorsteher Lohausen eine Privatklage angehängt.

**Es gab nichts zum Dreihäuten.** Auch am Sonntag, den 20. Januar, war die Berliner Schußmannschaft konstant. Erst nachmittags 8 Uhr wurde die Konfignierung aufgehoben, nachdem man bis dahin vergebens auf „Erzgebirgen“ gewartet hatte.

**Schwarze Pocken.** Blättermeldungen zufolge sind in Oberschlesien einige neue Erkrankungen an schwarzen Pocken vorgekommen.

**Auf dem Eise verunglückt.** In Maldeuten (Reg.-Bez. Königsberg) wollte, der „Ebbingener Zeitung“ zufolge, am Sonntag der Eigentümer Hensel-Wilmsdorf zur Generalprobe der Kaisergeburtstagsfeier über die Gießdecke des Saurodt-Sees bei Maldeuten fahren. Als das Schlittenfuhrwerk, auf dem sich acht Personen, darunter fünf Kinder, befanden, in der Nähe der Eisenbahnbrücke war, brach die Gießdecke ein und das ganze Fuhrwerk stürzte ins Wasser. Drei Kinder wurden als Leichen geborgen, ein viertes wurde noch mit schwachen Lebenszeichen aus dem Wasser gezogen, ist aber inszwischen gestorben. Die übrigen Personen sind gerettet worden.

**Zu den Russenverhaftungen** in München und Paris wird dem „B. L. N.“ noch aus München gemeldet: Die Russin, welche Sonnabend vormittag verhaftet wurde, als sie in einem hiesigen Bankgeschäft eine aus dem vorigen Jahre in Ziffis verübten Gelddiebstahl herrührende 500-Rubelnote wechseln wollte, vermeint die Angabe über die Herkunft der Banknote. Es hat sich herausgestellt, daß sie eine weitere, ebenfalls von dem Raube herrührende 500-Rubelnote in einem anderen hiesigen Bankgeschäft bereits gewechselt hatte. Während der Leibesvisitation durch das weibliche Gefängnispersonal geriet sie rasch einen kleinen Zettel, auf welchem Kleinmünznoten in russischer Sprache standen. Aus diesem Grunde wurde besonders der Hauptbahnhof während des Nachmittags überwacht. Zwei nachmittags nach 5 Uhr mit dem Arbeiter Schnellzug angekommene Fremde wurden angehalten; der eine, angeblich ein Pariser, besitzt außer deutschem und französischem Bargeld 17 Fünftundert-Rubelnoten, welche von dem Raube in Ziffis herrühren; der andere, angeblich ein Russe aus dem Kaukasus, besitzt ebenfalls eine große Summe in Papiergeld und wurde bereits überführt, auf der Reise zwischen Paris und München 500 Rubelnoten gewechselt zu haben. Vorsichtiger erklären sie, die 500 Rubelnoten von einem Unbekannten geschenkt erhalten zu haben. — In London erschloß sich auf dem Libertypage am Sonntag ein junger Mann, der ein russischer Student sein soll. Man hält es für möglich, daß der Selbstmord mit der in Paris erfolgten Verhaftung der beiden Mitglieder der „Partei“ Banküberbände zusammenhängt.

**Wie man Betät gegen verstorbenen Fürsten verurteilt.** zeigt uns das badische Münsterländer. Der Bezirkskommandeur von Stockach hatte, trotz Aufforderung, am feiergeitigen Trauergottesdienste für den verstorbenen Großherzog nicht teilgenommen. Die Angelegenheit kam vor ein Ehrengericht und endigte mit der Verabschiedung des Offiziers. — Aber Terrorismus verüben nach wie vor nur Sozialdemokraten.

**Die Dynamitbombe aus Geldschrank.** Vor einigen Tagen verstarb in Paris ein Tagelöhner, der in dem Aufstand, Anarchist zu sein. Der Mann erklärte auf dem Sterbebett, daß seinen Erben eine Überraschung harre. Und dem war in der Tat so. Man fand nämlich in der Ecke seines Zimmers eine Dynamitbombe. Die Polizei wurde benachrichtigt und ein Unteroffizier von der Artillerieschule beordert, um das gefährliche Instrument ohne Gefahr für die Umgebung zu entfernen. Die Bombe wurde zuerst einige Stunden in Wasser gelegt und dann vorsichtig geöffnet. Man fand darin zehntausend Francs in Banknoten, die der Sonderling in diesem sicheren Versteck aufbewahrt in der richtigen Meinung, daß kein Einbrecher es wagen würde, einen so gefährlich aussehenden Geldschrank näher zu untersuchen.

**Eine Familie verbraunt.** In Watertonmaß (Sportland) verbrannte am Freitag eine ganze Familie. In dem Hause eines Mannes namens Clark wurde eine Petroleumlampe umgeworfen. In dem entstehenden Brande verunglückten Clark, seine Frau, zwei Söhne und eine Tochter. Clark kam dadurch ums Leben, daß er den beidenhastigen Versuch machte, seine schlafende Söhne zu retten. Er stürzte durch die Flammen in das Haus und hatte mit jeder Hand einen der Knaben ergriffen, als er vom Rauch übermächtig wurde. Die Frau wurde ebenfalls ein Opfer der Hölle. Sie versuchte ihr Töchterchen zu retten, aber die Flammen schnitten ihr den Rückweg ab. Als das Feuer gelöscht worden war, fand man den Vater mit den Söhnen und die Mutter mit dem Töchterchen im Arm vor.

Verantwortlicher Redakteur: Joh. S. Stelling.  
Verleger: J. H. Schwartz. Druck: J. R. edr. Meyer u. Co.  
Sämtlich in Lübeck.



„Sinen Vetter abwickeln, gut; zusammen aufhören lassen, auch gut; aber an meinem Sterbe herumflicken...“  
 „Sich entschuldigen, ich habe das nicht gemacht.“  
 „Sich entschuldigen, ich habe das nicht gemacht.“  
 „Sich entschuldigen, ich habe das nicht gemacht.“

„Sich entschuldigen, ich habe das nicht gemacht.“  
 „Sich entschuldigen, ich habe das nicht gemacht.“  
 „Sich entschuldigen, ich habe das nicht gemacht.“

„Sich entschuldigen, ich habe das nicht gemacht.“  
 „Sich entschuldigen, ich habe das nicht gemacht.“  
 „Sich entschuldigen, ich habe das nicht gemacht.“

**Ein Roman aus dem Kaiserreich**

„Sich entschuldigen, ich habe das nicht gemacht.“  
 „Sich entschuldigen, ich habe das nicht gemacht.“  
 „Sich entschuldigen, ich habe das nicht gemacht.“

„Sich entschuldigen, ich habe das nicht gemacht.“  
 „Sich entschuldigen, ich habe das nicht gemacht.“  
 „Sich entschuldigen, ich habe das nicht gemacht.“

„Sich entschuldigen, ich habe das nicht gemacht.“  
 „Sich entschuldigen, ich habe das nicht gemacht.“  
 „Sich entschuldigen, ich habe das nicht gemacht.“

„Sich entschuldigen, ich habe das nicht gemacht.“  
 „Sich entschuldigen, ich habe das nicht gemacht.“  
 „Sich entschuldigen, ich habe das nicht gemacht.“

„Sich entschuldigen, ich habe das nicht gemacht.“  
 „Sich entschuldigen, ich habe das nicht gemacht.“  
 „Sich entschuldigen, ich habe das nicht gemacht.“

„Sich entschuldigen, ich habe das nicht gemacht.“  
 „Sich entschuldigen, ich habe das nicht gemacht.“  
 „Sich entschuldigen, ich habe das nicht gemacht.“

„Sich entschuldigen, ich habe das nicht gemacht.“  
 „Sich entschuldigen, ich habe das nicht gemacht.“  
 „Sich entschuldigen, ich habe das nicht gemacht.“